

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Infertionspreis pro dreigespaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Zuzug von Bäckern nach Rostock, von Schokolade- und Zuckerwarenarbeitern nach Magdeburg ist fernzuhalten!

Lohnbewegung in der Schokoladenfabrik J. G. Hauswaldt-Magdeburg.

Bei der Firma Hauswaldt in Magdeburg, einer der bedeutendsten Schokoladenfabriken Deutschlands, stehen unsere Kollegen und Kolleginnen seit einiger Zeit in der Lohnbewegung. Außer der Schokoladenfabrik hat die Firma noch mehrere Zichorienfabriken, davon zwei in Magdeburg; in den beiden Magdeburger Zichorienfabriken steht die Arbeiterchaft schon seit 14 Tagen im Streik und dieses plötzliche Vorgehen in diesen beiden Fabriken hat auch die Lohnbewegung unserer Kollegen und Kolleginnen sehr beschleunigt. Nach ist es unbestimmt, ob nicht, wenn die Zeitung in die Hände der Leser kommt, schon der Kampf in seiner allerhöchsten Form entbrannt ist.

In der Schokoladenfabrik Hauswaldt herrschen, soweit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Frage kommen, die allertraurigsten Zustände. Der Anfangslohn der Arbeiterinnen beträgt M. 7,50 und steigt ganz nach Willkür der Betriebsleitung. Arbeiterinnen, die M. 9 oder 10 verdienen, sind außerordentlich selten, gewöhnlich sind diese denn auch schon acht oder zehn Jahre, teilweise noch bedeutend länger dort beschäftigt. Nach dreißig vierjähriger Beschäftigung verdienen sie gewöhnlich den horrenden Lohn von M. 8,50. Die Hilfsarbeiter fangen mit einem Lohn von M. 19 an, und dieser steigt auch ganz willkürlich nur nach Gunst; Arbeiter, die schon fast ein halbes Menschenalter beschäftigt sind, erhalten M. 23. Das ist der höchste Lohn, den ein Hilfsarbeiter verdienen kann. Die in der Keksbäckerei beschäftigten Bäcker bekommen für ihre außerordentlich schwere Arbeit einen Anfangslohn von M. 20, der genau in der Form steigt wie bei den andern Arbeiterkategorien, und es bekommt der zurzeit am längsten dort beschäftigte Bäcker (er ist zehn Jahre dort) M. 24. Die Akkordarbeiterinnen wissen in den allermeisten Fällen überhaupt nicht, was sie für eine bestimmte Arbeit erhalten. Einsicht in die Akkordbücher, die sie ja haben, die aber im Besitz der Abteilungsleiter sind, wird ihnen fast ausnahmslos verweigert, so daß sie nie wissen, sich auch nie ausrechnen können, was sie in Wirklichkeit verdient haben. Die Auszahlung ist also ganz nach Belieben. Die Löhne sind bei dieser Weltfirma demnach zum Teil schlechter als in verschiedenen andern wesentlich kleineren Fabriken hier am Platz. In sanitärer und hygienischer Beziehung steht es geradezu jammervoll für einen modernen Betrieb aus. Badegelegenheit ist selbstverständlich im ganzen Betrieb nicht vorhanden, Waschgelegenheit nur in einer einzigen Abteilung, in allen andern Abteilungen müssen die Scheuereimer benutzt werden. Handtücher erhält das Gros der Beschäftigten nicht. Straf- und Disziplinsystem wird in der allerrigoroösesten Weise gehandhabt. Noch sehr vieles über die rückständigen Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse, über die Behandlung usw. könnte aufgeführt werden, aber es ist unserer Kollegenschaft schon hinreichend bekannt. Schon wiederholt hat die Arbeiterchaft dieses Betriebes sich empört gegen diese jammervollen Zustände, aber immer wieder verstand es die Firma, den Beschäftigten Sand in die Augen zu streuen. So erst im Vorjahr, als man plötzlich das warme Herz entdeckte und für das Winterhalbjahr eine Teuerungszulage gewährte. Immer nutzte man vor allem die Uneinigkeit der Arbeiterschaft, die sich darin widerspiegelte, daß ein großer Teil unorganisiert war, aus, um weiter schikanieren zu können. Nun aber scheint sich das

Blatt gewendet zu haben. Der größte Teil sah ein, daß es so nicht weiter geht, daß vor allem eine straffe Organisation notwendig ist, um einmal bessere Verhältnisse zu schaffen. In Massen strömten die Arbeiter und Arbeiterinnen, die sonst gleichgültig oder entmutigt waren, in die Versammlungen. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, mit einer aus allen Abteilungen der Fabrik zusammengesetzten Kommission einen Tarifentwurf auszuarbeiten und der nächsten Versammlung zur Beratung und Beschlussfassung zu unterbreiten. Am Montag, 15. Juli, fand nun eine außerordentlich stark besuchte Versammlung statt, die von annähernd 600 Personen besucht war. Nachdem der Kollege Macho über die Vorarbeiten der Kommission Bericht erstattet hatte, wurde der ausgearbeitete Tarifvertragstentwurf verlesen. Aus der Versammlung heraus wurden noch verschiedene Änderungen beantragt. Ein vorgelegter Tarifvertrag wurde von der Versammlung dann einstimmig akzeptiert und beschlossen, denselben unverzüglich der Firma zuzustellen und bis Montag, den 22. Juli, um Antwort zu erfuchen. Am Freitag, 19. Juli, fand wiederum eine überfüllte Versammlung statt, in der zunächst der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes den Versammelten für ihre wertvolle Solidarität dankte, indem sie ihnen angebotene Streikarbeit in der Zichorienfabrik stets und ständig rundweg abgelehnt haben. Dann teilte er mit, daß es am selben Tage gelungen sei, durch den Arbeitgeberverband für die Zichorienfabriken einen Tarifvertrag abzuschließen. Nach Ansprachen der Kollegen Heßhold und Macho wurde beschlossen, am Montag, 22. Juli, zur Entscheidungssammlung zusammenzukommen.

Die Firma hat es nun in der Hand, ob Krieg oder Frieden herrschen soll. Ist man bereit, die minimalen Wünsche der Arbeiterschaft zu erfüllen, oder aber will diese Millionenfirma weiter proben und absolut herrschen? Die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen.

Harry Trüller in Celle im Kampfe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und deren Abwehrmaßnahmen.

Wir berichteten bereits in Nr. 22 eingehend über das immer rigorosere Vorgehen der Betriebsleitung der Firma Harry Trüller in Celle gegen die Arbeiterorganisationen und konnten melden, daß endlich die Arbeiterschaft am Orte sich zu einer energischen Gegenwehr rüstete. Seit dieser Zeit scheinen die verantwortlichen Personen der Firma vollends von allen guten Geistern verlassen zu sein; denn statt vernünftigerweise einzulenkten und die Arbeiter nicht mehr zu hindern, von ihrem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, ist man dazu übergegangen, jedem Neueintretenden nunmehr folgenden Revers zur Unterschrift vorzulegen:

Ich verspreche, daß ich nicht Mitglied des Bäcker- und Konditorenverbandes bin und verpflichte mich, weder innerhalb noch außerhalb der Arbeitsstätte für diesen Verband tätig zu sein.

Dabei ist Herr Trüller aber selber Mitglied einer Fabrikantenorganisation, nämlich des Verbandes der Keksfabrikanten, und sogar dessen Vorsitzender.

Gegen einen solchen nackten Terrorismus, der auch ohne weiteres ein skandalöser Verstoß gegen die guten Sitten ist, greift aber kein Staatsanwalt ein! Und deshalb sind nun die Zentralinstanzen der deutschen Arbeiterbewegung dem Ersuchen der organisierten Arbeiterschaft in Celle nachgekommen und haben den

Boikott aller Fabrikate der Firma Harry Trüller

für ganz Deutschland gebilligt!

Wir sind überzeugt, daß dieses Vorgehen bei der gesamten organisierten Arbeiterschaft und darüber hinaus volles Verständnis findet; denn es wäre ungreiflich, wenn ein Arbeiter, der für die Arbeiterbewegung um einigermaßen Sinn hat, jetzt noch die Produkte der Firma konsumieren würde. Man wird Keks, Zwieback und Waffeln aus Celle in allen Detailgeschäften der Konfitürenbranche und Kolonialwarenhandlungen, bei den Krämmern, in den Bäckereien, Konditoreien und Cafés und auch in den Verkaufsstellen der Konsumvereine nunmehr zurückweisen und die Verkäufer eindringlich darauf hinweisen, daß man sich das Anbieten dieser Waren ganz entschieden verbittet, solange den Arbeitern dieses Betriebes verwehrt wird, daselbe zu tun, was Herr Trüller tut — sich zu organisieren. Und wie man uns meldet, sind unsere Kollegen, die ja das größte Interesse an einem siegreichen Ausgange dieses ihnen aufgezwungenen Kampfes um das Koalitionsrecht haben, jetzt bereits dabei, in allen Orten Deutschlands das Absatzgebiet der Firma ganz genau festzustellen, um den Kampf mit aller Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit in die richtigen Bahnen zu leiten. Ein solches planmäßiges Vorgehen ist außerordentlich zu begrüßen und wird bei konsequenter Durchführung sicher zum Ziele führen.

Die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie nach den Berichten der Gewerbeinspektoren für das Jahr 1911.

In unserer Besprechung der Gewerbeinspektionsberichte über das Bäcker- und Konditorenhandwerk mußten wir wiederholt darauf hinweisen, daß in einzelnen Bundesstaaten die Ausbeute eine sehr magere war. Daraus haben wir die Schlussfolgerung gezogen, daß die Ausbeute der Betriebe noch vielfach im argen liegt. Die Ausbeute desjenigen Teiles in den Berichten, der sich auf die Arbeiterschutzbestimmungen und deren Einhaltung in den Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken bezieht, ist jedoch noch geringer. Besonders aus solchen Bezirken, wo die größten Betriebe liegen, wurden überhaupt keinerlei Mitteilungen gemacht. Obgleich es Tatsache ist, daß sich die Fabrikanten ebenso hartnäckig gegen die Einhaltung der für die Beschäftigten erlassenen Schutzbestimmungen sträuben und ebensolche Feinde jeglichen sozialen Fortschritts sind, wie die Kleinhandwerker, wird sehr wenig von Uebertretungen berichtet.

Dagegen verstanden es aber die Unternehmer, sehr häufig an die Aufsichtsbehörde das Gesuch auf Erlassung von Ausnahmebestimmungen zu richten, und sehr oft wurde auch solchen Ansuchen stattgegeben. Aus Königsberg wird berichtet, daß einer Zuckerwarenfabrik die Genehmigung zum Wegfall oder Ver-

Kürzung der Nachmittagspause auf eine Viertelstunde unter der Bedingung erteilt wurde, daß die Gewährung einer eineinviertel- oder anderthalbstündigen Mittagspause erfolgen muß.

Ueber die innere Einrichtung und Aufenthaltsräume der Beschäftigten erfahren wir aus dem Bezirk Potsdam, daß in einer Schokoladenfabrik, der den jugendlichen Arbeitern zur Verfügung gestellte Aufenthaltstraum beanstandet werden mußte.

Von der Heimarbeit, wie sie noch in einigen Gegenden anzutreffen ist, wird aus dem Landespolicizeidirektorat Berlin berichtet: Ebenso ist die früher stellenweise übliche Mitgabe gewisser Genussmittel (Bonbons usw.) zum Berpachen aus Gründen der Sauberkeit und Appetitlichkeit jetzt allem Anschein nach gänzlich aufgegeben worden.

Die Berichte von Württemberg und Hessen enthalten über die Zustände in den Fabriken nichts, obwohl auch in diesen Landesteilen eine beträchtliche Anzahl von Betrieben in Frage kommt und ebenso auch die Zahl der Arbeiterinnen und Jugendlichen nicht hinter andern Landesteilen steht.

Der badische Bericht erwähnt: Die Schokoladenfabrik P. H. S. u. h. in Lörach gewährte ihren Arbeitern mit Rücksicht auf die Lebensmittel-verbote außer einer von Oktober an auf fast alle männlichen Arbeiter ausgedehnten Lohnerhöhung monatliche Teuerungszulagen für die vier Monate November bis Februar 1912 in der Höhe von M 8 für die unter 18 Jahre alten Arbeiter, von M 5 für die über 18 Jahre alten Arbeiter und von M 7,50 für die verheirateten Arbeiter; Aufseher und Beamte erhalten das Doppelte.

ausbezahlt; stirbt der Mann, so erhält die Frau das Kapital, falls diese gestorben ist, erhalten es die Kinder. Ueber die Wohlfahrts-einrichtung haben wir bereits schon früher von dieser Firma berichtet.

Die Gewerbeinspektionsberichte ergeben mit aller Deutlichkeit die unzulängliche Kontrolle in den Betrieben der Schokoladen- und Zuckwarenindustrie. Schuld daran ist in erster Linie die nicht ausreichende Zahl der Beamten in den einzelnen Bezirken.

In der Großindustrie sind auch die Beschäftigten weit mehr den Gefahren ausgesetzt als in den handwerksmäßigen Kleinbetrieben, wo die Maschine noch nicht den Einzug gehalten hat. Hier sehen wir oftmals das Fehlen jeglicher Schutzvorrichtung an den Maschinen.

Die Berichte haben also wiederum den Beweis erbracht: eine starke Gewerkschaftsorganisation für die Beschäftigten in der Großindustrie liegt in ihrem ureigenen Interesse. Sie sichert die Einhaltung und Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen zum Nutzen der Allgemeinheit.

Die Nahrungsmittelindustrie - Berufsgenossenschaft im Jahre 1911.

Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht für das verflossene Jahr umfaßte diese Berufsgenossenschaft 15 938 Betriebe mit 186 778 Vollarbeitern. Die Zahl der Betriebe hat sich gegen das Vorjahr um 1858 vermehrt; da 2442 Betriebe neu in die Statistik eingetragen wurden, während 584 Löschungen stattfanden.

nahme der Arbeiterzahl um 17 750 kommt zum Teil auf neu einbezogenen Betriebe, zum größeren Teil aber auf die günstige Wirtschaftslage, die das Berichtsjahr sich brachte.

Die Mehrzahl der von der Berufsgenossenschaft kontrollierten Betriebe entfällt auf Gewerbegruppen, für die unser Verband zuständig ist; die Nahrungsmittelindustrie Berufsgenossenschaft umfaßt jedoch auch die Genussmittelindustrie, und wir finden neben Bäckereien, Brotfabriken usw. Apfelweins-, Zichorien-, Eis-, Fischkonerven-, Margarine-, Marmeladen-, Sauertraut-, Schaumwein- und Senffabriken sowie Badeanstalten, Seilanstalten und Hotelfischenbetriebe.

Table with 4 columns: Betrieb, Handbetrieb, Motorbetrieb, Göpeltbetrieb. Rows include Bäckereien, Brot- und Pumpernickelfabriken, Süßwaren- und Keksfabriken, Fruchtzuckerfabriken, Honiglocherien, etc.

Das sind rund 26 pZt. der überhaupt vorhandenen Handbetriebe, 67 pZt. der Motorbetriebe und 94 pZt. der Göpeltbetriebe. Die große Zahl von Bäckereien mit Göpeltbetrieb überwiegt; dieses überlebte, veraltete Betriebsmittel ist also noch weit mehr im Gebrauch als im allgemeinen angenommen wird.

Die bedeutungsvollsten Ausführungen in dem Bericht sind die über die Unfälle. Im Berichtsjahr gelangten 5415 Unfälle zur Anzeige gegen 5004 im Jahre zuvor. Von den Unfällen wurden 4022 erwachsene männliche und 1205 erwachsene weibliche Personen betroffen; der Rest mit 188 Unfällen kommt auf jugendliche Personen unter 16 Jahren (darunter 47 weibliche).

Table with 2 columns: Unfallart, Anzahl. Rows include Motore, Transmissionen und Arbeitsmaschinen, Fabrikhähne, Aufzüge, Kräne, Hebezeuge, Dampfessel, etc.

Im Gegensatz zu andern Berufsgenossenschaften gibt die Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft nicht nur für die entschädigten Unfälle, sondern für alle vorgekommenen Unfälle Art und Veranlassung an. Damit ist einem Wunsch Rechnung getragen, der längst von allen einschichtigen Sozialstatistkern erhoben worden ist.

Die Fermente und ihre Bedeutung für die Hefegärung.

Von Dr. Georg Wolff.

(Nachdruck verboten.)

I.

Wissen wir auch, daß schon die ältesten Völker Produkte der Hefegärung besaßen, so ist die wissenschaftliche Erforschung der Gärungsvorgänge doch ein Verdienst der neuesten Zeit. Vor allem sind es die großen Fortschritte der Chemie, die uns ein tieferes Verständnis für den gesamten Ablauf der Lebensvorgänge ermöglicht haben.

Was sind Fermente? Wir können sie definieren als Stoffe, die, von lebenden Pflanzen oder Tierzellen gebildet, die Fähigkeit haben, noch in kleinster Menge viel größere Quantitäten anderer, meist sehr kompliziert zusammengesetzter Stoffe in ihre Bestandteile zu zer Sprengen. Man hat sie wegen dieser Sprengwirkung nicht unpassend auch als mikrochemische Explosivstoffe bezeichnet.

vielen höheren Pflanzen, namentlich deren Samen, enthalten und zerlegen ebenfalls die hier aufgeschauten Reservestoffe in leichter lösliche Stoffe. Fermente spielen, wie wir noch sehen wollen, bei der so mannigfaltigen Lebens-tätigkeit der Hefe eine große Rolle.

Eine äußerst wichtige Eigenschaft der Fermente ist, daß sie auch außerhalb der Zellen ihre Sprengwirkung auszuüben imstande sind. Sie sind befähigt, die Zersetzung komplizierter chemischer Gebilde zu beschleunigen, ohne selbst wesentlich verändert zu werden.

Der Chemiker Emil Fischer hat zur Veranschaulichung dieser Verhältnisse einen sehr treffenden Vergleich gezogen. Ferment und Substanz müssen, sagt er, zueinander passen wie Schloß und Schlüssel. Das Ferment ist der Schlüssel und muß so geformt sein, daß es die Substanz aufzuschließen vermag.

niter weiß, den Mechanismus untauglich; ganz so verhalten sich die zahlreichen Fermente zu den mannigfaltigen Stoffen der organischen Natur. Sie wirken auch nur, wenn sie räumlich in ihrer feinsten Zusammensetzung genau der Form der Substanz angepaßt sind.

Die Fermentforschung spielt eine große Rolle in der heutigen physiologischen Chemie, das heißt in dem Teil der Chemie, der die Lebensvorgänge im Tier- und Pflanzenreich auf ihre chemische Natur zu untersuchen hat. Die hervorragendsten Chemiker, Physiologen und Biologen haben sich damit beschäftigt, Männer wie Lavoisier, Cah-Lussac, Liebig, Pasteur, Emil Fischer und viele andere; in jüngster Zeit hat sich Ed. Fischer namentlich um die Aufklärung der Fermente der Hefe verdient gemacht und für seine umfangreichen Experimente schon vor einigen Jahren den Chemischen Nobelpreis erhalten.

Wir wollen auf die geschichtliche Entwicklung der Fermentforschung kurz eingehen, da sie die interessantesten Streitfragen am besten klarlegt. Die Physiologen und Chemiker standen sich lange Zeit feindlich gegenüber; die ersteren behaupteten, die Fermentvorgänge werden nur durch die lebenden Zellen vollzogen, die Chemiker sagten von Anfang an, die Fermentwirkung sei von der Lebens-tätigkeit ganz unabhängig und ein chemischer Prozeß wie alle andern. Dieser Streit, der länger als ein Jahrhundert die Gelehrten in zwei Lager teilte, wurde besonders anhand der eingehenden Untersuchungen, die die Erforschung der Hefegärung zur Aufgabe hatten, ausgefochten.

Die Hefe zerlegt Zucker, und zwar nicht umfern gewöhnlichen zum Süßen der Speisen verwendeten Rohzucker, sondern den einfacheren Traubenzucker in Alkohol und

wenden ist. Der technische Aufsichtsdiens bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie-Verufsgenossenschaft ist, das muß lobend anerkannt werden — vorzüglich organisiert, und es ist den Aufsichtsbeamten auch schon gelungen, eine Reihe von Unfällen allgemein zu reduzieren.

Zu den 5415 neuen Unfällen sind 1083 zuzurechnen, die aus dem Jahre 1910 übernommen wurden. Von der Gesamtzahl der Unfälle erlitten sich für die Verufsgenossenschaft durch Wiederherstellung der Verletzten vor Ablauf der dreizehnten Unfallwoche 3834, durch Ablehnung der Rentenansprüche 736, durch Gewährung von Renten 725, durch Ueberweisung an andere Verufsgenossenschaften 7. Innerhalb am Schlusse des Jahres blieben 1176. Die Zahl der im Berichtsjahr erstmals entschädigten Unfälle belief sich auf 778. Von diesen schweren Unfällen wurden 386 männliche und 192 weibliche Personen betroffen.

Nach den einzelnen Verletzungsarten entfielen von diesen Unfällen 154 auf Bäckereien, Lebz- und Pfefferkuchereien, 31 auf Teigwarenfabriken, 70 auf Kaka- und Schokoladenfabriken, 12 auf Biskuit- und Keksfabriken, 24 auf die Zuckerwarenindustrie.

In Entschädigungen hatte die Verufsgenossenschaft im Berichtsjahr M 900 893,99 auszusahlen. Von diesem Betrag entfielen: M 35 692,31 auf Kosten des Heilverfahrens, M 738 783,97 auf Renten an Verletzte, M 1640,50 auf Sterbegelder, M 95 902,45 auf Renten und Abfindungen an Hinterbliebener Getöteter, M 5284,34 auf Renten für Angehörige der in Heilanstalten untergebrachten Verletzten, M 25 757,74 auf Kurz- und Verpflegungskosten und M 7832,68 auf Kapitalabfindungen an Verletzte. Die Kosten der Fürsorge für Verletzte in der gesetzlichen Wartezeit beliefen sich auf M 4467,61, die Unfalluntersuchungskosten betragen M 48 267,09; für die Unfallverhütung wurden M 52 482,82 aufgewendet und an Schiedsgerichts- und Rekurskosten fielen M 19 885,13. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf M 136 896,53. Von dieser Summe entfielen auf Reisekosten der Beamten und auf Gehälter der Beamten sowie auf Schreibhelfer M 81 571,68.

Von den Verufsgenossenschaften zustehenden Rechte, das Heilverfahren bereits während der Wartezeit, d. h. innerhalb der ersten 13 Wochen nach Eintritt des Unfalles, zu übernehmen, hat der Vorstand der Nahrungsmittelindustrie-Verufsgenossenschaft seiner Meinung nach ausgiebig Gebrauch gemacht. Es wurden 279 Fälle behandelt. Da 5415 Unfälle passierten, von denen 778 erstmals entschädigt wurden, hätten sicher noch weit mehr Fälle übernommen werden können, zumal sich die Sache lohnt; denn bei den 279 Fällen waren nur 3, in denen der Erfolg der Behandlung ein ungünstiger war. Gegenüber andern Verufsgenossenschaften ist die hier in Frage stehende allerdings weit voran; diesem Gebiet der Verletztenfürsorge wird nämlich von vielen Verufsgenossenschaften nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt.

Dass die Verletzten in vielen Fällen ihr Recht erstreiten müssen, ist bekannt. Gegen die Bescheide der Verufsgenossenschaft wurde im Berichtsjahr in 840 Fällen Berufung eingelegt. Davon richteten sich gegen Ablehnung der Entschädigungsansprüche 157, gegen die Höhe der erstmals festgesetzten Rente 73, gegen Rentenberminderung 162, gegen Renteneinstellung 170. Von seiten der Verufsgenossenschaft wurden gemäß § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes 268 Anträge auf Rentenminderung bzw. Renteneinstellung eingebracht.

So bekannt als es ist, dass um das Recht gestritten werden muß, so bekannt ist auch, dass nur wenige Glückliche vor den Berufungsgerichten und in der Rekursinstanz günstig abschneiden. Von den 840 Berufungen wurden nur 181 zugunsten der Verletzten erledigt; in 587 Fällen siegte die Verufsgenossenschaft und in 16 Fällen kam ein Vergleich zustande. 35 Fälle erledigten sich durch Zurücknahme, 21 Fälle blieben am Jahreschluß unerledigt.

Das Reichsversicherungsamt hatte über 170 Rekurse zu entscheiden, wovon 63 von seiten der Verufsgenossenschaft eingelegt wurden. Von diesen 63 schweben 56, 3 wurden zurückgezogen und in 4 Rekursen hatte die Verufsgenossenschaft Erfolg. Erfolgrlos war kein Rekurs der Verufsgenossenschaft. Von den Rekursen der Verletzten dagegen waren 9 erfolglos und nur 5 erfolgreich; 71 waren am Jahreschluß unerledigt. Die anrechnungsfähigen Löhne beliefen sich im Berichtsjahr auf M 171 948 493 gegen M 154 315 964 im Vorjahr. Eine Umrrechnung mit der Zahl der Vollerarbeiter ergibt einen Jahresdurchschnittslohn von M 920,60 gegen M 912,90 im Vorjahr. Schlüsse aus diesen Zahlen sind mit Vorsicht zu ziehen, da die Lohnsummen nicht nur die Löhne der männlichen Erwachsenen, sondern auch der weiblichen und der jugendlichen Personen enthalten.

Der Bericht der technischen Aufsichtsbeamten liegt gedruckt vor. Wir kommen auf die darin enthaltenen interessanten und für die Arbeiter wichtigen Ausführungen in einem weiteren Artikel zu sprechen.

Bäckerstreik in Kofok.

Der erste Bäderstreik im Lande des Lchsentopfes ist Tatsache geworden, trotzdem naive Gemüter prophezeit, daß so etwas im Lande Eden nicht vorkommen könne. Die Bewegung setzte erst im Frühjahr ein. In mehreren gut besuchten Versammlungen wurde allgemein gefordert, daß es auch hier in Kofok an der Zeit sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verlangen, und der Vorstand des Verbandes wurde beauftragt, Forderungen auszuarbeiten. Am 21. Mai fand dann eine von annähernd 100 Gesellen besuchte öffentliche Versammlung statt. In dieser Versammlung wurden die aufgestellten Forderungen einstimmig gutgeheißen, und der anwesende Gesellenausschuß gab die Erklärung ab, die Forderungen bei der Innung einreichen und vertreten zu wollen und dann auch in einer Versammlung Bericht zu erstatten. Der Vorsitzende des Gesellenausschusses erklärte zum Schluß noch: „Sollten wir nicht instande sein, die Forderungen bei der Innung durchsetzen zu können, dann muß der Verband eingreifen.“ Wochen vergingen aber nun, ohne daß man etwas von Verhandlungen zwischen beiden Körperschaften hörte. Der Gesellenausschuß erstattete auch keinen Bericht und gab keine Aufklärung über die Verzögerung der Verhandlungen. Als eine Anfrage an den Gesellenausschuß gerichtet wurde, schrieb jener zurück, daß die Forderungen von der Innung abgelehnt seien, es wären aber ganz „annehmbare“ Zugeständnisse gemacht worden. Wie die „annehmbaren“ Zugeständnisse lauteten, darüber hüllte man sich in Schweigen. Daß die Gebuld manches Gesellen durch diese Verzögerung auf eine harte Probe gestellt wurde, läßt sich denken. Am 5. Juli fand darauf eine Gesellenversammlung statt, wo das Bureau der Versammlung beauftragt wurde, den Gesellenausschuß aufzufordern, bis zum 10. Juli Bericht zu erstatten; aber auch dieser Aufforderung kam der Gesellenausschuß nicht nach.

Es wurden nun die Forderungen den Meistern einzeln zugesandt und bis zum 15. Juli um Antwort gebeten. Am 16. Juli fand die entscheidende Versammlung statt. In derselben erschien nun auch der Gesellenausschuß und erstattete Bericht; obwohl dieser Punkt gar nicht zur Tagesordnung gehörte, wurde der Bericht dennoch entgegengenommen. Die „annehmbaren“ Zugeständnisse, welche im Auftrage der Innung nach sieben Wochen langer Verhandlung offeriert waren: M 9 Mindestlohn pro Woche mit Kost und Logis; für verheiratete Kollegen über 24 Jahre (Kost und Logis außer dem Hause) M 23 Lohn. Der Vorschlag verlief der Lächerlichkeit, weil ja in der Versammlung am 21. Mai ein Mitglied des Gesellenausschusses erklärte, daß vor kurzem mit der Innung solche Vereinbarungen getroffen worden waren und diese Art Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen damals von der Kollegenchaft als unwürdig zurückgewiesen war. Der Gesellenausschuß hätte die Pflicht gehabt, sobald die Innung die Forderungen, die von der Gesellenversammlung am 21. Mai dem Gesellenausschuß zu vertreten übertragen wurde, ablehnte, eine Gesellenversammlung einzuberufen und Bericht zu erstatten und dann weitere Beschlüsse der Versammlung abzuwarten. Dies hat der Ausschuß nicht getan, sondern eigenmächtig mit der Innung eine Scheinbewilligung von diesem Frühjahr aufgewärmt, die aber nicht als Tarif für die Kofoker Gesellen gelten kann, weil diese nicht in einer gemeinschaftlichen Versammlung darüber befragt sind, ob sie diesen Abmachungen zustimmen oder nicht. Schnöder konnte der Gesellenausschuß das in ihn gesetzte Vertrauen der Gesellen nicht mißbrauchen! Die Versammelten lehnten gegen die Stimmen des Gesellenausschusses diese Vorschläge ab.

Der Vorsitzende konnte darauf berichten, daß 18 Betriebe mit 40 Gesellen bereits geregelt seien. Aus der Mitte der Versammlung wurde darauf der Antrag gestellt, daß in den Betrieben, die nicht bewilligt hatten, die Arbeit sofort niederzulegen sei. Dieser Antrag wurde mit Dreiviertelmajorität der Stimmen angenommen; der Gesellenausschuß beteiligte sich an der Abstimmung, zog aber dann in aller Eile von dannen, um nach der zur selben Zeit stattfindenden Brüderschaftsversammlung zu pilgern, wo er vielleicht eine bessere Aufnahme mit den „annehmbaren“ Zugeständnissen“ gefunden hat. Nachdem Kollege Liescher noch die üblichen Informationen für die Streikenden ge-

geben hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung an alle Kollegen, treu in der bewegten Zeit zusammenzuhalten.

Bis Sonnabend hatten 31 Arbeitgeber mit 51 Gesellen bewilligt.

Die „Volksfürsorge“ eine Schöpfung der Sozialdemokratie?

II.

Gegenüber der dreifachen Behauptung in dem Organ deutscher Arbeitgeberverbände, es sei geplant, zu dem bereits vorhandenen Heere der sozialdemokratischen Angestellten eine weitere gewaltige Organisation zu fügen, um verdienten Agitatoren Posten zu verschaffen, hatte Genosse v. Elm erklärt: „Ein großes Heer von Angestellten sollen wir befehlen wollen, aber — da liegt doch gerade der Hase im Pfeffer bei der Volksversicherung. Das große Heer von auf Provision arbeitenden Angestellten macht bei ihnen die Versicherung für die Versicherten so unrentabel. Würden wir ein großes Heer fest und gut besoldeter Angestellter schaffen, wäre die Volksfürsorge ein totgeborenes Kind und wir täten wirklich besser, gar nicht erst anzufangen. Von der Ersparnis an Verwaltungskosten hängt der Erfolg der „Volksfürsorge“ ab. Nur dadurch, daß wir die Organisation der Volksfürsorge der bestehenden Organisation angliedern, werden wir diesen Erfolg erzielen können.“

Gingehend äußerte sich dann Genosse v. Elm darüber, durch welche Personen die Aufnahme von Mitgliedern und die Einkassierung von Beiträgen für die Volksfürsorge bewirkt werden könnte — bei den Gewerkschaften durch die Gewerkschaftskassierer, bei den Verufsgenossenschaften durch die Mitgliederzuschüsse —, also durch von den Verufsgenossenschaftsmitgliedern gewählte Personen; er tadelte, daß große Konsumvereine es immer noch an dem demokratischen Ausbau der Organisation — an der Bildung von Mitgliederzuschüssen — fehlen lassen. Anschließend hieran sagte Genosse v. Elm wörtlich: „Es gibt Konsumvereinsleitungen, die ihre Aufgaben dadurch für erschöpft halten, wenn sie die Versorgung der Mitglieder mit Lebensmitteln gut organisieren. Das ist aber denn doch eine ungemein enge Auffassung der Aufgaben der genossenschaftlichen Organisation. Die Verufsgenossenschaftsbewegung muß immer mehr dahin streben, den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen zu erfassen. Die Verufsgenossenschaft soll und muß sein eine Institution zur Förderung des Wohles des ganzen Volkes. Je mehr Aufgaben wir in die Hand nehmen zur Befriedigung wirklicher Volksbedürfnisse, um so fester wird die Verufsgenossenschaftsbewegung im Volke Wurzel schlagen. Ich gebe unsern Gegnern ohne weiteres zu, wenn wir die Volksversicherung in die Hand nehmen, dann tun wir das nicht nur, um sie zu verbilligen und zu verbessern. Nein — wenn Verufsgenossenschaften und Verufsgenossenschaften gemeinsam die „Volksfürsorge“ schaffen, dann geschieht dies auch, um ihrer Bewegung neue Stützpunkte im Volke zu schaffen, immer mehr den Beweis zu erbringen, wieviel Gutes sich durch das solidarische Zusammenwirken von Verufsgenossenschaften und Verufsgenossenschaften erbringen läßt. Das ist der ideale Zweck, den wir dabei im Auge haben. Wir würden Toren sein, wenn wir uns diese ideale Wirkung dadurch verschweigen würden, daß wir durch die „Volksfürsorge“ noch Mittel für andere Zwecke — für Streiks oder gar für politische Parteizwecke — bereitstellen wollten. Die „Volksfürsorge“ hat so große, herrliche Aufgaben, daß ihre Verquickung mit andern Zwecken, sie mögen an sich noch so notwendig und gut sein, ihr nur Schaden bringen könnte.“

Und nun einige Proben davon, was aus diesen Ausführungen die kapitalistischen Blätter herauszudreheln verstanden haben:

„Deutsche Tageszeitung“: „Damit hat Herr v. Elm mit aller nur möglichen Deutlichkeit zugegeben, daß diese neue Volksversicherung in allererster Linie eine neue Stütze der sozialdemokratischen Bewegung sein und werden soll. Die Konsumvereine, die bis jetzt noch hier und da einen Schein parteipolitische Neutralität aufrechterhalten, sollen demokratischer ausgestattet, das heißt der politischen Arbeiterbewegung angegliedert werden.“

Man traut seinen Augen kaum, mit welcher Geschwindigkeit die Redaktion dieses Blattes aus Weiß Schwarz und aus Schwarz Weiß zu machen versteht. Demokratischer Ausbau der Verufsgenossenschaften — also Wahl von Personen aus den Reihen der Mitglieder zwecks Kontrolle der Verkaufsstellen, Mitwirkung bei Inventuren, bei der Agitation; Aufnahme von Mitgliedern und Einkassierung von Beiträgen für die Volksfürsorge — heißt für die „Deutsche Tageszeitung“ einfach: Angliederung an die sozialdemokratische Partei.

Und so geht es weiter — Zeile für Zeile Umdeutung, Fälschung und Verdrehung! „Den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen erfassen“ nennt die „Deutsche Tageszeitung“: „die Konsumvereine zu einem sozialdemokratischen Landturn ausbilden“ usw.

„Eine neue Fesselung der Massen“ nennt der „Breslauer Anzeiger“ die Errichtung der „Volksfürsorge“. Er dichtet die Worte v. Elms genau so um, wie die „Deutsche Tageszeitung“ und läßt sich zum Schluß also vernehmen: „Die politische Bedeutung dieses neuen Unternehmens ist unanzweifelbar. Mit der Masse des Wohlstandes der Arbeiter greift hier die Sozialdemokratie nach dem letzten Groschen, den sich der Arbeiter für Versicherungszwecke am Munde abiparen muß. Der Plan ist von unübersehbarer Tragweite und sollte recht eingehend geprüft werden, bevor er zur Ausführung gelangt. Von vornherein muß nicht nur dafür Sicherheit geboten werden, daß die Kapitalien der Volksfürsorge niemals und auch nicht auf Umwegen politischen Zwecken nutzbar gemacht werden können; ferner muß behütet werden, daß die Volksfürsorge zunächst eine Fürsorge für sozialdemokratische Agitatoren und Parteibeamte wird, wenn sie überhaupt genehmigt werden sollte. Diese sozialdemokratische Volksfürsorge ist nicht nur eine verdächtige, sondern geradezu eine gefährliche Gründung, weil sie die besten Ele-

Kohlensäure. Wir wissen heute durch die Experimentalarbeiten von Buchner, daß ein von den Hefepilzen produziertes Ferment diesen Zerfall des Traubenzuckers bedingt. Noch bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts war man sich nicht einmal darüber klar, daß die Hefe aus zahllosen lebenden Zellen, die sich vermehren wie andere Organismen, besteht. Erst Schwan, der Entdecker der Zellentheorie, stellte gleichzeitig mit einem französischen Forscher Cagniard-Latour im ersten Drittel des vergangenen Jahrhunderts mit Hilfe der sehr verfeinerten Mikroskope diese Tatsache sicher. Wir rechnen die Hefezellen heute den Sproßpilzen zu, die ihren Namen daher führen, daß sie sich durch Sprossung aus den Mutterzellen, wie man unter dem Mikroskop leicht beobachten kann, vermehren. Man nahm nun an, daß die alkoholische Gärung durch die Lebenstätigkeit der Hefe hervorgerufen sei. Dem widersprach sehr energisch der deutsche Chemiker Liebig. Er leugnete absolut, daß ein Zusammenhang zwischen Mikroorganismen und Gärung bestehe, und hielt die alkoholische Gärung lediglich für eine Zersetzung des Zuckers, der eine Zersetzung der Hefe als eines Einweichekörpers vorangegangen sei. Er machte sich sogar lustig darüber, daß die Hefe aus einem Gemenge belebter Organismen bestehen solle, ohne deren Vermehrung die Gärung unmöglich sei. Ihm trat mit aller Entschiedenheit der große französische Bakteriologe Pasteur entgegen, der einwandfrei bewies, daß eine Gärung zuckerhaltiger Flüssigkeiten nicht eintritt, wenn man sie luftdicht abschließt und dadurch den Zutritt aller Keime aus der Luft verhindert. Seinen ergaht ausgeführten Experimenten mußte sich auch Liebig fügen. Der Satz: „Ohne Organismen keine Gärung“, fand bald allgemeine Anerkennung

und wird auch heute, allerdings mit einer Einschränkung, festgehalten.

Durch Pasteur war die Gärung ihres chemischen Charakters zum großen Teil entkleidet und zu einem physiologischen Prozeß, zu einem mit der Lebenstätigkeit der Hefe innig verknüpften Vorgang gemacht. Gerade wie die Vermehrung der Hefezellen, sollte auch die Gärung, die Zersetzung des Zuckers zu Alkohol und Kohlensäure eine Lebenserscheinung der Sproßpilze sein. Gegen diese einseitig vitalistische (vita: das Leben) Anschauung wurde bald wieder Front gemacht. Eine Reihe von Forschern sprachen die Ansicht aus, daß wohl nicht die Lebenstätigkeit der Hefe selbst die Gärung hervorruft, sondern ein besonderer Stoff der Hefe diese Zersetzung bewirkt. Es wurde also ein Ferment im Innern der Hefe vermutet, dessen Nachweis sich aber lange Zeit der exakten Forschung entzog. Erst Ed. Buchner ist es dann mit vieler Mühe gelungen, aus den lebenden Hefezellen ein Ferment zu isolieren, das von ihm als Zymase bezeichnet wurde und in ebenso energischer Weise die Gärung hervorbringen vermochte, wie die untersechte Hefe selbst.

Damit war wieder ein großer Schritt vorwärts getan. Liebig hielt die Gärung für einen rein chemischen Prozeß, Pasteur für einen rein biologischen Prozeß; Buchner zog aus beiden Anschauungen das Fazit und bewies die chemische Wirkungsweise des Stoffes, den die lebenden Hefezellen in ihrem Innern produzieren. Zur Produktion des wirksamen Sprengstoffes, der Zymase, sind die Hefepilze nötig, zur Auslösung des Gärprozesses aber nicht; er erfolgt auch, wenn die Zellen nicht mehr am Leben sind, lediglich durch die Anwesenheit der Zymase.

mente der Arbeiterkraft und der unselbständigen Handwerker der Sozialdemokratie auszuliefern droht. Hier Widerstand zu leisten, ist in erster Linie Sache derer, die mit diesem Lockmittel eingetauscht werden sollen. Um dem ganzen schlaun Schachzuge zu begegnen, gibt es im Grunde nur ein Mittel, das sicher wirken würde: Die Schaffung von Versicherungsmöglichkeiten, wie sie die sogenannte Volksversicherung bietet, im Anschluß an die staatlichen Versicherungseinrichtungen.

Also — Verstaatlichung der Volksversicherung als einzige Rettung gegen die drohende furchtbare Gefahr. Noch vor ganz kurzer Zeit wurde mit allen nur erdenklichen Argumenten in der kapitalistischen Presse dieser Gedanke mit aller Entschiedenheit bekämpft und nun plötzlich diese Wendung!

Um schlimmen treiben es, wie immer, die „Ham-burger Nachrichten“. „Ein schlauer Rechner ist dieser „Genosse“ Elm, das muß man sagen. Er versteht es aus dem Effeff, das eine zu denken und das andere zu sagen.“ Beginnen sie ihre Epistel, und dann geht es los mit der Gedankenlesezerei, bis sie dann schließlich die „Volksfürsorge“ zu einem „Hilfsorgan der staatsfeindlichen Aktion der Sozialdemokratie“ werden lassen. Höher hinauf geht es nimmer!

Diese Proben kapitalistischer Verdrehungskunst werden genügen, um untern Lesern die Angst vor Augen zu führen, von der die Gegner allen positiven Schaffens der Arbeiter vor der „Volksfürsorge“ erfüllt sind. Kein Zweifel — deren Gründung bedeutet einen Schuß ins Schwarze. Der kapitalistische Profit ist gefährdet — deshalb das Geschrei und der jeden anständigen Menschen mit Ekel erfüllende Verleumdungsfeldzug.

Daß die Sozialdemokratie das neue Volksunternehmen mit der größten Sympathie begrüßt, obgleich sie der Gründung dieses Unternehmens völlig fernsteht, braucht nicht erst betont zu werden. Wenn es aber noch eines Beweises bedurfte, daß der Kapitalismus auf allen Gebieten volksfeindlich ist, so haben ihn mit ihrem Schimpfen auf die „Volksfürsorge“ die kapitalistischen Zeitungen erbracht. Gewerkschaften und Genossenschaften vereinen sich zu dem Zweck, dem Volke ein Unternehmen zu schaffen, welches ihm solidarische Hilfe bringen soll in den schlimmsten Notlagen des Lebens; und diesem edlen Streben begegnet die Bourgeoisie lediglich mit Schimpfen und Verleumdungen. Welch schamloses Beginnen! Pfui Teufel!

Die Arbeitsekretariate der freien Gewerkschaften im Deutschen Reich im Jahre 1911.

Gleichen Schritt mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrem wachsenden Einflusse auf die sozialen Verhältnisse halten die Rechtsschutzeinrichtungen der organisierten Arbeiterkraft. Auch die vorliegende Statistik für 1911 kann von abermaliger Fortentwicklung berichten. Wohl stieg die Zahl aller Rechtsschutzeinrichtungen im Jahre 1911 nur gering, erheblich ist aber die abermalige Steigerung der Personen, welche sich an die Rechtsschutzeinrichtungen der organisierten Arbeiterkraft wandten und die Zahl der von den Sekretariaten geleisteten Auskünfte und Rechtshilfen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Teil der Sekretariate mit Rücksicht auf eine geordnete Erledigung der übernommenen Rechtsschutzangelegenheiten nicht allen Personen, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation, Auskunft erteilen oder Rechtshilfe gewähren kann, zum Teil auch aus organisatorischen Gründen nicht gewähren will; unter fernerer Berücksichtigung der erfreulichen Tatsache, daß von seiten unserer Gegner das möglichste getan wird, um die Bevölkerung von der Benutzung unserer Rechtsschutzeinrichtungen abzuhalten, ist die weitere Zunahme dieser Zahlen eine Erscheinung, die uns befriedigen kann und die alle Anfeindungen, welche unsere Einrichtungen so im Laufe des Jahres erfahren, ausgleicht.

Im Vorjahre berichteten 112 Sekretariate, dieselben bestanden alle auch durch das Jahr 1911, es ist keines hiervon im Berichtsjahre eingegangen. Eine Tatsache, die sonst nicht zu konstatieren war und welche darauf schließen läßt, daß mit den Organisationen der Arbeiterkraft auch diese Einrichtungen eine stärkere Stabilität erlangt haben. Neu errichtet wurden 1911 sechs Sekretariate; ein siebentes, bisher unter Auskunftsstellen gezählt, berichtete in diesem Jahre gleichfalls unter Sekretariate, so daß die Statistik mit 119 Sekretariaten abschließt. Zu konstatieren ist, daß mit der Errichtung eines Sekretariats in Danzig nunmehr in allen Provinzen und Landesteilen Deutschlands Sekretariate der organisierten Arbeiterkraft bestehen. Von den bestehenden 119 Sekretariaten sind 13 Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes, wovon 11 auch andern Personen, nicht nur Bergarbeitern, Auskunft erteilen.

Von der sich immer fester gestaltenden Form unserer Organisationen berichtet neben andern die ständig zunehmende Zahl der Sekretariate, welche den Kartellen unterstehen und von diesen verwaltet werden. Diese Zahl ist 1911 auf 62, also 52 pZt. aller Sekretariate, angewachsen; sie betrug 1909 46 und 1910 50 pZt.

Die Auskunfterteilung oder Rechtshilfegewährung geschieht in der größeren Anzahl aller Sekretariate an alle Ansuchende, welche sich an das Sekretariat wenden. Der andere Teil der Sekretariate beschränkt den Kreis der Personen, welchen Auskunft erteilt oder welchen neben der Auskunft weitere Rechtshilfe gewährt wird.

Persönliche Vertretungen haben im Berichtsjahre 99 Sekretariate übernommen. 13 weitere Sekretariate übernahmen persönliche Vertretungen, diese mit einem außerordentlichen Zeitaufwand verbundene Tätigkeit nur in besonderen Ausnahmefällen, meist nur vor den Gewerbegerichten.

Die Uebermittlung von Beschwerden an die Gewerbeaufsicht übernehmen im erforderlichen Falle 113 Sekretariate. Statistik beorgten 75 Sekretariate, in weiteren drei wurden statistische Arbeiten nur in

Ausnahmefällen ausgeführt. Neben der Funktion als Rechtsauskunft- und Rechtshilfestelle betreiben 87 Sekretariate gewerkschaftliche Agitation und berichten andere gewerkschaftliche Arbeiten. An mehreren Orten, wo letztere Tätigkeit nicht zu den Obliegenheiten des Sekretariats gehört, besteht neben dem Arbeitsekretariat ein besonderes Gewerkschaftsekretariat.

627028 Auskunft- und Rechtshilfeschüchende wandten sich im Berichtsjahre an die Sekretariate, diese Zahl stieg gegen das Vorjahr um 47944, das sind 8,27 pZt. Von den Auskunftsüchenden waren 590758 Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen, also 94,22 pZt. der Gesamtauskunftsüchenden. Von Angehörigen anderer sozialer Stände, wie selbständige Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Arbeitgeber oder sonst Personen anderer Stände wandten sich 30850 an die Sekretariate, um Auskunft oder Rechtshilfe zu erlangen.

Die Zahl der erteilten Auskünfte stieg im Berichtsjahre auf 658958. Das Mehr gegen das Vorjahr beträgt 48061, die Zunahme also 7,86 pZt. Von den Auskünften wurden 625264 mündlich, 33694 schriftlich erledigt. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze, welche im Vorjahre einen kleinen Rückgang aufwies, stieg gegen das Jahr 1910 erheblich, und zwar von 141083 auf 150050, also um 6,85 pZt. Eine Steigerung, die um so mehr ins Gewicht fällt, da mit ihr ein erhebliches Anwachsen der Arbeitsleistung verbunden ist.

Für elf Jahre liegen über die Tätigkeit der Sekretariate statistische Aufzeichnungen vor. In dieser Zeit wandten sich in 4096921 Fällen Ansuchende an die Arbeitsekretariate, 4285909 Auskünfte bezw. Rechtshilfen konnten in dieser Zeit dank der

Die beste Pflichterfüllung gegenüber der Organisation heißt: Beteiligung an der Kleinarbeit!

Solidarität und Opferwilligkeit der Arbeiter geleistet werden. Von den insgesamt in diesen Jahren intensiver Tätigkeit geleisteten Auskünften und Rechtshilfen entfallen auf: Arbeiterversicherung 1275908 = 29,8 pZt., Bürgerrecht 1257804 = 29,3 pZt., Arbeits- und Dienstvertrags 638367 = 14,9 pZt., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 558918 = 13,0 pZt., Strafrecht 286104 = 6,7 pZt., Arbeiterbewegung 64156 = 1,5 pZt., Privatversicherung 50815 = 1,2 pZt., Handels- und Gewerbeachen 25475 = 0,6 pZt., Vereins- und Versammlungsrecht 10204 = 0,2 pZt. und Sonstiges 109040 = 2,5 pZt.

Mit der allgemeinen Tätigkeit der Sekretariate stieg auch die Zahl der persönlichen Vertretungen. Sie hat sich in den Jahren von 1907 bis 1911 mehr als verdoppelt; sie betrug damals 3175 und ist jetzt auf 6426 gestiegen. Im letzten Jahre betrug die Zunahme 596 = 10,22 pZt. Von den im letzten Jahre wahrgenommenen persönlichen Vertretungen erfolgten 3856, also mehr als die Hälfte, vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung.

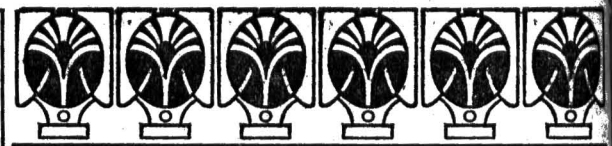
Die zur Ausübung der persönlichen Vertretung wachzunehmenden Termine erreichte 1911 die erhebliche Zahl von 7380. Hieran waren 106 Sekretariate beteiligt. Es wurden 1911 621 Termine mehr wahrgenommen als 1910, 1191 mehr als im Jahre 1909; eine Steigerung von 19,24 pZt. in den beiden Jahren.

Die Unterhaltung der Sekretariate wird von Jahr zu Jahr in stärkerem Maße eine Angelegenheit der beteiligten Organisationen. Nur noch an 20 Orten werden von den Mitgliedern der beteiligten Organisationen besondere Beiträge erhoben, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß an sieben von diesen Orten nicht die Mitglieder aller beteiligten Organisationen zu besonderen Beiträgen herangezogen werden, sondern daß hier von einem Teil der beteiligten Organisationen die Beiträge direkt aufgebracht werden.

Die für 107 Sekretariate vorliegenden Angaben über die Einnahmen und Ausgaben ergeben, daß Kartelle und beteiligte Organisationen den größeren Teil der Einnahmen der Sekretariate aufbringen. Von der Gesamteinnahme, welche M 556373 betrug, entstammen von diesen Körperchaften M 416426. Das sind 74,85 pZt. der Gesamteinnahmen. Durch besondere laufende Beiträge der Mitglieder der beteiligten Organisationen wurden M 85795 für die Sekretariate aufgebracht, M 21291 weniger als im Vorjahre. Zuwendungen erhielten die Sekretariate M 36291, und zwar zahlte die Generalkommission an einmaligen und laufenden Summen an die Sekretariate M 17927. Die Parteiorganisationen zahlten M 11784 an die Sekretariate, von sonstigen Arbeiterunternehmungen wurden den Sekretariaten M 3080 zugeführt. Aus Staats- und Gemeindegeldern erhielten: das Sekretariat Coburg, welches vollständig aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten wird, M 2400, das Sekretariat Bant einen Zuschuß von M 1100. Die Gesamtausgabe betrug M 512918.

Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle gingen im Berichtsjahre von 203 auf 198 zurück, trotzdem haben auch die von diesen Einrichtungen erteilten Auskünfte und angefertigten Schriftsätze abermals zugenommen. 47367 Auskünfte haben 184 Auskunftsstellen erteilt, 15579 Schriftsätze wurden im Berichtsjahre von 160 Auskunftsstellen angefertigt. Ferner wurden 872 persönliche Vertretungen von 88 Auskunftsstellen wahrgenommen.

Von beiden Einrichtungen zusammen wurden im letzten Jahre 706325 Auskünfte erteilt, gegen das Vorjahr eine Steigerung von 49082. In welchem Umfange die gemeinnützige Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen sich entwickelt hat, wird ersichtlich, wenn man der Zahl von 1911 die Zahl des Jahres 1905 gegenüberstellt, aus welchem das erstmalig für beide Einrichtungen zusammen Zahlen vorliegen. Die im Jahre 1905 von beiden Einrichtungen erteilten Auskünfte betrugen 315946.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Vertreterwahl zur Generalversammlung der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 13. und 14. September d. J. in Magdeburg.

In Nummer 26 dieses Blattes gaben wir bekannt, daß die Gruppe d (gelernte Arbeiter in den Konsumvereinen und Produktgenossenschaften) 13 Vertreter und 13 Stellvertreter zu wählen hat. Auf unsere Aufforderung, bis zum 15. Juli uns Kandidaten zu benennen, sind nun folgende Kollegen als Vertreter in Vorschlag gebracht worden:

Gau Berlin.
Johann Hanke, Berlin, Annenstr. 2; Gustav Bauer, Tegel b. Berlin, Brunostr. 23; Franz Breinlich, Forst i. d. L., Muskauer Straße 16; Paul Blümchen, Sagan, Grüntaler Straße 3, 4. St.; Albert Stange, Stettin, Langestr. 40; Marjentsch, Lützenwalde, Konsumbäckerei; Wilhelm Starr, Magdeburg, Wasserwerkstr. 22.

Gau Hamburg.
Johann Holm, Lübeck, Mittelstr. 4, pt.; Otto Krohn, Hamburg, Mittelstr. 85, Hs. 4, 1. St.; Franz Bartels, Hamburg, Auf den Blöcken 11, 3. St.; Franz Wiesniewski, Harburg, Konsumbäckerei; Otto Eggerstedt, Kiel, Hamburger Chaussee 69a; Heinrich Tadel, Seestemünde, Mühlenstr. 36; Karl Schwarting, Rützingen, Bremer Straße 29, 3. St.

Gau Sachsen-Thüringen.
Rudolf Fischer, Leipzig-Plagwitz, Konsumbäckerei; Hermann Ohmann (Tischler), Leipzig-Plagwitz, Konsumverein; Paul Senft, Chemnitz, Solbrigstr. 17; Chr. Zeigert, Löbnitz i. Erzgeb., Königstr. 182; Hugo Schneider, Altenburg i. S.-A., Kreuzstr. 69; Franz Bräutigam, Schmölln i. S.-A., Bergstr. 51; Bernhard Steger, Gera, Darwinstr. 10; Paul Solbrig, Jena, Breitestr. 16, 3. St.; Frik Haberkorn, Gotha, Gayerstraße 6.

Gau Westdeutschland.
Rudolf Labbert, Bielefeld, Herforder Straße 58; Josef Giger, Dortmund, Scheffelstr. 19; Georg Reiter, Essen, Wiesbadener Straße 48; Hans Rose, Lüdenscheid, Schützenstr. 6; Heinrich Meyer, Barmen, Konsumbäckerei; Carl Dörr, Düsseldorf, Engelbertstr. 27; Carl Friedrich, Frankfurt a. M., Bahnstr. 72, 2. St.; Wilhelm Hack, Stuttgart, Lorenzstr. 5, 4. St.

Gau Bayern.
Andreas Lämmermann, Nürnberg, Schleifweg 18; Johann Huber, München, Baierbrunnstr. 4, 2. St.

Als Stellvertreter:
Gau Berlin.
Frik Albrecht, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 129; Franz Klink, Forst-Royne, Nr. 99; Frik Heise, Stettin, Kallmeierstr. 20, 1. St.; August Dahnk (Klempner), Magdeburg, Salzwedeler Straße 3.

Gau Hamburg.
Bernhard Reutling, Lübeck, Mittelstr. 24a, 1. St.; Wilhelm Demgenski, Hamburg, Hammerbrookstr. 82, 1. St.; Friedrich Willig, Hamburg, Friedrichsberger Straße 57, 2. St.; Karl Biermann, Wellsee b. Kiel; R. Brännert, Seestemünde, Grünstr. 37; Johann Schöttler, Rützingen, Werftstr. 74, 2. St.

Gau Sachsen-Thüringen.
Edwin Ritter (Fleischer), Leipzig-Plagwitz, Konsumverein; Horst Voigt, Leipzig-Plagwitz, Konsumverein; Wilhelm Fischer, Chemnitz, Senefelderstr. 18; Max Pfeiffer, Altenburg i. S.-A., Konsumverein; Wilhelm Glzholz, Schmölln i. S.-A., Altenburger Straße; Bernhard Birkholz, Gera, Schulstr. 33; Gustav Born; Gotha, Konsumbäckerei.

Gau Westdeutschland.
Josef Feiser, Bielefeld, Spengerstr. 7, 1. St.; Paul Kottwig, Dortmund, Münsterstr. 251; Josef Rehling, Essen, Kieler Straße 14; Franz Haus, Frankfurt a. M., Koblenzer Straße 22, pt.; Georg Geiger, Stuttgart, Friedhoffstr. 27, pt.

Gau Bayern.
Karl Brandl, Nürnberg, Am Maxfeld 19; Stefan Oberbauer, München, Baierbrunnstr. 16, 2. St.
Alle jene Kandidaten, bei denen die Angabe des Berufes fehlt, sind Mitglieder unseres Verbandes.

Bis zum 1. August müssen nun die der Unterstützungskasse angeschlossenen Kollegen von der Verwaltung ihres Konsumvereins das Wahlwert mit den beiden Stimmzetteln verändern. Auf den einen Stimmzettel sind 13 Vertreter, auf dem andern 13 Stellvertreter zu schreiben.

Wir haben oben sämtliche Kandidaten aufgeführt, die uns vorgeschlagen wurden; es darf wohl von unsern Mitgliedern erwartet werden, daß sie bestrebt sind, die Mandate durch ihre Wahl auf alle Gauen gleichmäßig zu verteilen.

Bis 12. August müssen dann die Mitglieder die auszufüllten Stimmzettel wieder an die Verwaltung ihres Konsumvereins abgeben.

Der Verbandsvorstand.

F. A. D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 15. bis 20. Juli gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für Juli: Hannover M. 819,15, Rudolstadt 56,10, Hünitz 78,35, Leisnig 52,80, Bernburg 72,05, Mühlhausen 103,15, Meuselwitz 69,45, Nemscheid 79,30, Bochum 66,90, Limbach 47,50, Gelsenkirchen 25,90, Danzig 199,70, Gildesheim 29, Neumünster 42, Brandenburg 107,60, Crefeld 50,80, Hemnitz 447,20, Königsberg 74,05, Freiburg 72,30, Bremerhaven 164,40, Spremberg 13,50, Regh 55,30, Oldenburg 109,80, Weiswasser 15,30, Forst 41,20, Friedberg 16, Kaiserslautern 60,10, Flumenau 54,40, Plauen 100,85, Begefac 56,10, Wittenberg 34,80.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: F. Sch. Adolfszell 4, P. R. Jsehoe 33, G. W. Pr. Stargard 12, H. B. Parchim 7,80, G. P. Lenzen 3, F. M. Welfe a. d. L. 36.

Für Abonnements und Annoncen: G. B. Berlin M. 20, S. München 5, Verband der Preßbefabrikanten Berlin 25, Bremerhaven 3, Spremberg 3.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Mühlhausen M. 3, Meuselwitz 4, Bremerhaven 3, Begefac 6.

Bei der Hauptkasse restiert für Juni: Cottbus. Abrechnung ohne Geld gesandt: Saarbrücken. Geld ohne Abrechnung gesandt: Bad Reichenhall.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Spätestens am 27. Juli ist der 31. Wochenbeitrag für 1912 (28. Juli bis 3. August) fällig.

Aus den Bezirken.

Flensburg. Verkehrs- und Versammlungsort ist jetzt das Gewerkschaftshaus, Schloßstraße. Dasselbst finden auch die Mitgliederversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 2 Uhr, im Zimmer Nr. 7 statt.

Freiburg i. Br. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: H. Stulz, Justizstr. 9, 3. St.

Jimenua. Verkehrslokal ist das „Deutsche Haus“.

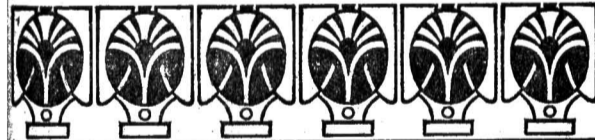
Sterbetafel.

Mannheim. Wilhelm Scheffler, Bäcker, am 14. Juli beim Baden ertrunken im Alter von 18 Jahren.

München. Engelbert Penker, gestorben im Alter von 28 Jahren.

Regensburg. Xaver Röhrli, gestorben am 4. Juli an der Proletariierkrankheit im Alter von 30 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!



Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. Der abgeschobene Drewwitz und sein Nachfolger. Wer kennt nicht den unentwegten Kämpfer für die Bundes Sache, der in unentwegtester Ueberzeugung den Bäckergehilfen Verbesserung ihrer Lebenslage durch den gelben Bund prophezeigte? Wer zweifelte an der Echtheit dieser Ueberzeugung, der tat Drewwitz Unrecht; sie beruhte nicht auf Eigennutz, sondern er hatte es sich tatsächlich zur Aufgabe gemacht, für seine Ueberzeugung große Opfer zu bringen. Er brachte bekanntlich sogar das Opfer, sich eine „Gehirnerschütterung“ zuzuziehen. Aber die damals veranstaltete Märthrerberammlung brachte nicht den erhofften Erfolg, und als auch die Meister ihm nunmehr nur noch wenige Broden hinwarfen, da ließ ihm die Sorge um das Wohl der undankbaren Bäckergehilfen ein neues Licht aufgehen. Nicht der gelbe Bund und nicht die Nationalliberalen, sondern der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein und die fortschrittliche Volkspartei sollten nun diejenigen sein, die dem Volk und den Bäckergehilfen das Heil bringen. Doch die undankbaren Bäckergehilfen glauben nun erst recht seinen Worten nicht, und die Uebernahme des gelben Inventars durch die Hirsch-Dunderschen und die probeweise Anstellung mit halbem Gehalt als Verwalter dieses Inventars endigte damit, daß der unentwegte Kämpfer abgeschoben respektive nicht angestellt wurde. Jetzt scheint der plötzlich so still gewordene Kämpfer bei der Ueberzeugung gefangen zu sein, daß ein „Zehnpsennig-Kaffee“ in der Bergerstraße ihm das Heil bringen wird. Seine Fähigkeiten als Bäcker bewertet er richtig dadurch, daß er die notwendigen Backwaren von andern Bäckern bezieht; die Groschen der „Nuten“ sollen ihm aber heute bereits lieber sein, als die der Gelben und der Hirsche, weil erstere zahlreicher vorhanden sind. Ob aber das Judasgeld für Arbeitswilligenvermittlung so ansehend wirken wird, bezweifeln wir, glauben vielmehr,

daß der „unentwegte Kämpfer“ schließlich sehr bald in aller Stille in den immerdar verhassten Großbetrieben Unterschlupf suchen wird.

In den Versammlungen des Bezirks in Bad Nauheim, Friedberg, Höchst, Offenbach, Jsenburg, Wilbel, in denen Rumelilt über die bisherigen Erfolge unserer diesjährigen Lohnkämpfe sprach, und in Homburg, wo Kollege Riefl referierte, wurde der „unentwegte Kämpfer“ vermist. Wenn auf Drewwitz und seine Heldenkaten die Rede kam, konnte man sogar von seinen früheren gelben Hirscheunden recht mißgünstige Aeußerungen über ihn hören. Am 27. Juni fand auch für die beßlichen Orte Langen Sprendlingen und Egelsbach eine Versammlung statt, in welcher ein angeleglicher Bergarbeiter und Maschinenbauer Würz als Nachfolger des Drewwitz in Begleitung des Wahrheitskongregenen Möhle auftauchte. Letzterer widmete seinem früheren Freund einige abfällige Worte; Würz mußte nur im allgemeinen die freien Gewerkschaften als sozialdemokratische zu bezeichnen. Ueber unsere Organisation wolle er nichts sagen, aber aus eigener Erfahrung wisse er, daß der deutliche Metallarbeiterverband schuld sei, daß überhaupt gelbe Gewerkschaften entstanden wären; dann pries er sich selbst, daß er schon als Bergarbeiter und auch in der Metallindustrie mit den freien Gewerkschaften Schulter an Schulter gekämpft habe. Von Rumelilt auf seine Widersprüche verwiesen, meinte er, bis jetzt hätte man ihn nur von der friedliebenden Seite gehört, man könne ihn auch von der andern Seite hören, und er erging sich dann in Beschimpfung der jungen Kollegen. Die Antwort erfolgte prompt, indem sich alle anwesenden unorganisierten Kollegen unserm Verbande anschlossen.

Mit dem Bäckermeister Goldstein konnte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, laut welchem der Kost- und Logiszwang beseitigt wurde; die Mindestlöhne sind auf M. 23 resp. M. 25 festgesetzt worden, und jedem Gehilfen hat man nach einem Jahre Beschäftigung fünf Tage, nach zwei Jahren sieben Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gemährt. Die übrigen Kollegen werden daran den Wert der Organisation erkennen.

Mühlhausen i. Gf. (Paul Giese als Arbeitsvermittler.) Herr Giese, der für alle andern Arbeiten tauglich sein soll, nur nicht für die Bäckerarbeit, derselbe, der es als das abscheulichste Dasein hinstellte, wenn einer von Mitgliedbeiträgen einer Vereinnigung lebt, hat nicht eher geruht, bis er einen ähnlichen Posten erhalten konnte. Zwar war er immer des Lobes voll, wie angenehm und schön das Bäckerhandwerk, besonders in Gfäß-Lothringen, ist, und er empfahl deshalb als Bundesleiter, die Bäckergehilfen dürften Sonntags und Werktags im Interesse des Handwerks ruhig auch noch länger als gegenwärtig schuften. Die Gesellen ließen sich aber nicht so ohne weiteres von den Meistern in den Bund hineinirrigieren. Giese sah seine Anhängerzahl immer mehr zusammenschumpfen, so daß die Hoffnung auf eine Anstellung immer geringer wurde. Er erweirerte deshalb sein Tätigkeitsgebiet und gründete in seiner Phantastie einen Bund aller meistertreuen Handwerkergehilfen, Bäcker, Metzger, Schlosser usw., in dessen Statuten schon eine eventuelle Anstellung vorgesehen war, wenn erst genug Schafe gefunden waren. Aber seit der Gründung hat man nichts mehr von dem neuen Bunde gehört. Eine Hoffnung ärmer, wandte Giese nun dem Handwerk mit dem goldenen Boden, „wo jeder selbständig werden kann“, den Rücken. Als Einfassierer einer Arbeitertrantentasse versuchte er sich zunächst einmal „von Arbeitergroschen zu mästen“. Er hat dabei aber an Körperfülle nicht zugenommen, zumal er seine Angestellten tätigkeit dahin aufgabte, daß er sich auch der Frauen der kranker Mitglieder ganz besonders annehmen mußte. Die „fette Pfunde“ mußte er deshalb unfeinwillig wieder aufgeben. Als zu Anfang dieses Jahres der Verein zur Hebung des Bäckerhandes und die Bäckerzwangsinnung nun für Mühlhausen einen Geschäftsführer suchte, reichte Giese flugs seine Bewerbung ein und siehe da, der Innungspräsident gedachte seines allzeit getreuen Knechtes. Giese wurde angestellt. Als Geschäftsführer der Innung soll er aber auch zugleich den Arbeitsnachweis mitverwalten und aus der kurzen Zeit seiner Tätigkeit müssen wir hier einige Proben zum besten geben, um dadurch im Interesse unserer Kollegen auf eine Besserung hinzuwirken. Die festgesetzten Stunden, wo er auf dem städtischen Arbeitsnachweis die Arbeitsvermittlung vornehmen soll, hält er zum Beispiel schon nicht ein. Wiederholt ist es vorgekommen, daß die Gesellen ihn aus der Wirtschaft holen mußten. Giese scheint nicht nur ein Verehrer der Göttin Venus, sondern auch der Götter Bacchus und Gambrius zu sein. Arbeitsuchende, denen Giese nicht ganz grün ist, behaupten, daß sie länger auf Arbeit warten mußten als andere. Sucht nun ein sich zurückgesetzt fühlender Kollege auf eigene Faust Arbeit und findet einen Meister, der ihn einstellt, ohne den Arbeitsnachweis zu benutzen, so wird der betreffende Meister von der Innung flugs in Strafe genommen. Aber es kommt noch besser! Es ist kaum glaublich, was Giese den Mühlhäuser Bäckergehilfen alles zu bieten mag. Er läuft zu den Arbeitgebern und sagt ihnen, sie brachten keine so hohen Löhne zu zahlen; wenn der gegenwärtige Arbeiter für den niedrigeren Lohn nicht arbeiten wolle, so sollten sie ihn nur fortschicken, es wären noch genug auf Lager, die gern billiger schafften. Andern Arbeitern spricht Giese die Qualifikation als tüchtige Bäcker ab. Einer Witwe, die eine Bäckerei betreibt, sagte er: „Schicken Sie Ihren Arbeiter weg, der kann nicht schaffen; ich weiß einen tüchtigen.“ Und während arbeitslose Bäcker auf dem Arbeitsnachweis genügend vorhanden waren, vermittelte er solche Kollegen in neue Stellen, die noch anderswo in Arbeit standen.

Der Gesellenausschuß, der seine Zustimmung zur Wahl des Giese als Arbeitsnachweisverwalter gegeben hat, deckt bis heute noch das Verhalten desselben. Eine Beschwerde wurde im Handumdrehen als erledigt betrachtet und Giese noch der Dank des Gesellenausschusses ausgesprochen. Mit all diesen Zuständen beschäftigten sich zwei öffentliche Versammlungen, die vom Verband einberufen waren und zu denen man auch Giese und den Gesellenausschuß eingeladen hatte. Giese sowie der Altgeselle des Gesellenausschusses glänzten durch Abwesenheit. Die Versammlungen verurteilten fast einstimmig das Verhalten Gieses und des Gesellenausschusses und verlangten vom letzteren öffentlichen Bericht und eine durchgreifende Reform des Arbeitsnachweises, eventuell die

Demission des Gesellenausschusses, der bewiesen habe, daß er unfähig ist, die Geselleninteressen zu vertreten.

Die ganze Angelegenheit zeigt, wohin es führt, wenn die meistertreuen Gehilfenvereiner und ein unfähiger Gesellenausschuß die Geschicke der Bäckergehilfen leiten. Da heißt es ganz energisch zur Abwehr rüsten. Das kann wirkungsvoll nur dann geschehen, wenn die Mühlhäuser Bäckergehilfen einmütig dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren beitreten. Der Gesellenausschuß verlangt, daß die Kollegen ihre Beschwerden schriftlich bei ihm vorbringen; die hiesigen Kollegen haben aber keinerlei Vertrauen zu ihm. Wir sagen, mit Recht; denn ein Gesellenausschuß, der sich scheut, in breiter Öffentlichkeit vor dem Forum der Kollegenschaft Rechenschaft abzulegen und der solche Uebergriffe des Arbeitsvermittlers noch deckt, der verdient kein Vertrauen. Wenn dem Gesellenausschuß von einer solch großen Zahl von Kollegen ein Mißtrauensvotum ausgestellt wird, wie in der letzten Versammlung, so mußte er eigentlich sofort seine Demission geben. Aber es ist ja ein Gesellenausschuß von Meisters Gnaden! Die Kollegen bringen deshalb auch ihre Beschwerden beim Zentralverband an, weil sie wissen, daß dort ihre wahre Interessenvertretung ist. Doch auch der letzte ehrlich denkende Kollege sollte nunmehr dem Zentralverband beitreten und mit uns für die Befreiung aus meisterlicher Bevormundung kämpfen.

Sagan. Die hiesigen organisierten Kollegen wollten die Unorganisierten zu einer Versammlung einladen. Als zwei der ersteren beim Bäckermeister Siegel die Frau fragten, ob sie vielleicht einmal den Gesellen sprechen könnten, bekamen sie nur Grobheiten zu hören; unter anderm jagte die Frau: „Der Geselle ist nur für uns zu haben, für Euch nicht, und damit basta!“ Auf weitere Entgegnungen, daß sie doch den Gesellen nicht bevormunden könnte, wurden unsere Kollegen aufgefordert, sofort das Haus zu verlassen. Beim Bäckermeister Wenger wiederholte sich dieses Manöver. Als unsere Kollegen den Meister fragten, ob sie vielleicht den Gesellen sprechen könnten, fragte der Meister sofort, warum. Auf die Antwort, daß sie denselben zu einer Versammlung einladen wollten, hatte er den Meister gleich erraten und fragte: „Wegen Verband?“ Auf die bejahende Antwort meinte er: „Da ist hier nichts zu machen!“ und hielt unsern Kollegen vor, daß die Gewerkschaftsvertreter Schmutzfinger seien, die von Arbeitergroschen lebten, und daß wir nichts vom Verband hätten, sondern uns von ungelerten Arbeitern kommandieren lassen müßten. Als ihm erwidert wurde, daß er doch auch der Innung angehöre, sagte er: „Das ist noch viel zu wenig, die Meister müßten dem Arbeitgeberverband beitreten.“ Es ist recht eigentümlich, wenn bei den Herren Meistern das eigene Ich in Frage kommt, da wissen sie, was notwendig ist; aber ihre Leute wollen sie von der Organisation fernhalten. Es würde recht gut tun, wenn solche Meister auch von organisierten Arbeitern beim Einkauf von Waren nicht belästigt würden; denn wie leicht könnten ihnen da Unannehmlichkeiten entstehen. Hoffentlich kommen die aber so vor dem Verband geschützten Kollegen doch noch zur Einsicht und schließen sich der Organisation an, da gerade die Bäckereibetriebe Sagens noch recht vieles zu wünschen übrig lassen.

Thorn. In Thorn scheint das Interesse für unsere Organisation unter den Kollegen zu wachsen. Die Bewegung geht vorwärts, und wenn die Verbandsmitglieder planmäßig und eifrig für den Ausbau der Organisation weiter wirken, so werden die Erfolge nicht ausbleiben. Am 9. Juli fand hier zur Belebung der Agitation eine Versammlung statt; sie war gut besucht, und es herrschte ein reger Geist in den Reihen der Kollegen. Kollege A. Grigo sprach über: „Die Bestrebungen des Zentralverbandes; schadet oder nützt der Verband den Berufs Kollegen?“ In der Diskussion erklärten die Kollegen, tüchtig in der Agitation arbeiten zu wollen. Mehrere der Anwesenden traten dem Verbande bei, und besonders bei einzelnen jungen Mitgliedern war ein lebhaftes Interesse bemerkbar. Es wurde eine weitere Versammlung beschlossen. Seufzt wurde über die lange Arbeitszeit in den Bäckereien; die Behörden revidieren nur ungenügend und mangelhaft. Trotz einer Eingabe an die Handwerkskammer legen sich einzelne Bäckermeister auch geradezu auf die Lehrlingsausbeutung. So beschäftigt Wolfeil sechs, Sodtke fünf, Lipinski vier und Will drei Lehrlinge, aber keiner der Benannten auch nur einen Gehilfen! In dem Antwortschreiben der Handwerkskammer wurde versprochen, gegen die Lehrlingszüchter vorzugehen, ein energisches Einschreiten ist jedoch unterblieben. Es wird deshalb Aufgabe des Verbandes sein, hier Remedur zu schaffen. Die Bäckerlehrlinge von den benannten Bäckern gehen bis nachmittags mit voll Brot gepackten Kiepen hausieren, aber ein Schutzmann schreitet gegen diese skandalösen Zustände nicht ein.

Im Anschluß an die Versammlung fand eine Betriebsbesprechung der Angestellten der Brotfabrik Strube statt. Einzelne Unregelmäßigkeiten im Betriebe wurden einer Kritik unterzogen. Wenn auch der Firmeninhaber sich bisher bemühte, einzelnen Wünschen der dort Beschäftigten leidlich nachzukommen, so ist in der letzten Zeit diese humane Selbstverständlichkeit nicht mehr zu finden. Hoffentlich wird Herr Strube die gerechten Ansprüche und Beschwerden seiner Angestellten demnächst mehr berücksichtigen und unzulässige, taktlose Uebergriffe aus seinem Betriebe fernhalten. Wenn der neugebackene Badmeister Trane aus dem Breslauer Konsumverein glaubt, durch Grobheiten und dreiste Anmaßung die dort Beschäftigten beleidigen zu können, so irrt sich der gute Mann ganz entschieden. Mit Rücksicht auf ihn selbst werden wir einstweilen davon Abstand nehmen, seine Bildung ins rechte Licht zu setzen, weil wir hoffen, daß schon diese Zeilen genügen, Besserung herbeizuführen. Wir wissen, daß ein Mensch auch auf einem exponierten Posten den Kollegen gegenüber vernünftig auftreten kann, ohne daß seine Person dadurch in den Augen des Unternehmers Schaden zu leiden braucht. Auch in einem Großbetriebe soll man nicht die minder bezahlten Angestellten so rücksichtslos ausnutzen, daß der Gesundheitszustand in kurzer Zeit untergraben wird. Natürlich sollen auch die Kollegen dafür sorgen und streben, daß sie als achtunggebietende Macht dastehen und daß alle Bäcker und Konditoren dem Zentralverbande als Mitglieder angehören. Von unserer ge-

schlossenen Macht und Stärke hängt die Bessergestaltung unserer Existenz, unserer Zukunft ab; sorgen wir dafür, daß dieser Gedanke bei den Kollegen auf guten Boden fällt.

Konditoren.

Berlin. Die bekannte Konditorei von Kranzler, Unter den Linden, wird jetzt modernisiert; wir melbten bereits früher, daß sie von einer „Betriebsgesellschaft“ für die Kleinigkeit von M 80 000 pro Jahr gepachtet wurde und daß diese Gesellschaft für das Recht, die Firma „Kranzler“ weiter führen zu dürfen, extra M 100 000 zahlte. Die Räume werden gegenwärtig einem Umbau unterzogen. Hoffentlich vergißt man aber bei dieser Gelegenheit nicht, auch die in einem ständalösen Zustand sich befindenden Kellerkassuben und die nicht minder erbärmlichen, unter dem Dache gelegenen „Wohnräume“ der Gehilfen der Neuzeit entsprechend auszugestalten. Daß die nunmehrigen Inhaber ihrer Arbeiterschaft freilich in Zukunft auch anständiger Löhne zahlen, als die alte Firma, bezweifeln wir aber stark, weil wir wissen, daß nach wie vor die Gehilfen in ihrer grenzenlosen Beschränktheit sich um die Ehre reißren werden, bei der „Weltfirma“ überhaupt arbeiten zu dürfen. Wenn die Dummheit auf der Welt wirklich auch schon etwas abgenommen hat — in gewissen Kreisen der Konditorgehilfen blüht sie immer frisch weiter.

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Die Ruhetagsfrage im Zweigverband Norden.

Auf der Tagung des Zweigverbandes Norden in Altona beschäftigten sich die Bäckermeister diesmal recht eingehend mit der Sonntagsruhe und dem gelben Backverbot. Die Anhänger des Backverbotes mußten sich von den Vertretern der Großstädte überzeugen lassen, daß die gelbe Forderung weit gefährlicher für das Gewerbe ist als ein wöchentlicher Ruhetag, wie er bereits schon in einigen Städten eingeführt ist. Während sich die Vertreter der kleinen Innungen in den Landorten ganz besonders für die gelbe Forderung ins Zeug legten, wurde von den Delegierten der Großstädte nachgewiesen, daß die Durchführung des wöchentlichen Ruhetages viel leichter möglich ist. So bemerkte Herr Wirt, Hamburg:

„In Hamburg ist der freie Tag in den meisten Betrieben schon eingeführt; ich kann es auch den Leuten gar nicht verdenken, wenn sie danach streben, das zu erlangen. Bei uns wird es dadurch erreicht, daß abwechselnd jeder Geselle einen Tag in der Woche frei hat; in den größeren Bäckereien wird dafür ein Mann mehr eingestellt, in den kleineren hilft man sich mit Ausdiensten und dieser Weg ist meines Erachtens der einzig gangbare; das wirkt auch noch lange nicht so schädigend, als wenn Sie festlegen, daß Sie an einem Tag nicht backen können.“

Der Kieler Obermeister Voh konnte sich allerdings nicht zu diesem einzig vernünftigen Standpunkt aufschwingen. Er fühlte sich berufen, der Lübecker Innung Vorwürfe zu machen, weil diese sich mit dem Gesellenauschuh bei der letzten Lohnbewegung auf den sechsendreißigstündigen Ruhetag aller drei Wochen einigte.

Blinkmann-Hamburg entpuppte sich wiederum als großer Freund der Gelben, was ja nicht wunderbar. Aber für ihre Forderung war er auch nicht zu haben. Wörtlich sagte er: „Ich habe für den Bund der Gesellen immer sehr viel Sympathie gehabt und habe es als selbstverständlich betrachtet, daß auch diese Vereinigung, wenn sie auch den allerbesten Willen hat, mit uns Weistern in Frieden zu leben und wenn sie auch den sicheren und festen Willen hat, nicht im sozialdemokratischen Fahrwasser zu schwimmen, sondern danach zu streben, das Selbständigerwerden auch noch in Zukunft möglich zu machen, doch dazu kommen wird, an die Meister Forderungen zu stellen; denn das liegt nun einmal bei einer Vereinigung von Gesellen in der Natur der Sache... So gut auch vielleicht das Vorgehen des Bundes gemeint ist, so ist es doch dringend notwendig, daß wir solchen Forderungen gegenüber geschlossen dastehen, wir müssen diesen Forderungen nicht zustimmen, sondern wir müssen den Gesellen sagen, diese Forderung ist etwas, was im Interesse des Gewerbes und auch im Interesse der Gesellen nicht eingeführt werden darf.“ Die Aussprache endete mit der Annahme einer Resolution, die sich gegen die Einführung des Backverbotes — der gelben Forderung — ausspricht.

Aus gegnerischen Organisationen.

Im Münchner Bäckergehilfsverein, dessen führenden Kollegen sich gegenüber der Bewegung lange Zeit hindurch neutral gehalten haben, zum Teil sogar die Notwendigkeit des Verbandes anerkannten, sitzen jetzt die Patentreifsten und treiben dort ihr schändliches Handwerk. Noch liegen Briefe in den Verbandskisten, worin geschrieben steht, daß im Verein weder Politik getrieben, noch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen sowie organisierte Gehilfen Ausschussposten besetzen dürfen. Heute jedoch steht ein anderer Wirt. Christliche haben jetzt im Vorstand, besprechen bei Wahlen die Taktik, geben diesbezügliche Anregungen an ihre Mitglieder heraus und die alten Fahnenvereinsmitglieder müssen tanzen wie die Christen pfeifen. Man hat ihnen vor Jahren Schutz und Hilfe versprochen; heute sieht es eher einem Verrat ähnlich, und nicht mehr lange wird es dauern, da wird der Verein eine Sektion des christlichen Verbandes sein. Das Geld wird in die vertrocknete Hauptkasse nach Düsseldorf fließen und die Fahne wird Eigentum der schwarz-gelben Zentrumsnechte werden. Die Scheinheiligen werden dann ihre uns früher angegedichtete Lüge selbst verwirklichen und die alten Fahnenvereinsmitglieder, insofern sie nicht schwarz-gelb werden wollen, aus dem Verein hinauswerfen oder hinausheulen, wie sie es in Passau gemacht haben. Ihre letzte Monatsversammlung hat das zur Genüge bewiesen, bei der die

Ehrenmitglieder (Bäckermeister) den christlichen Strauchrittern die Meinung sagen und ihnen zurufen mußten, ihren Terrorismus nicht zu stark zu betreiben. In echt christlicher Art wollte man die Bekehrung der Sünder mit den Maßkrügen betreiben nach dem Motto: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!“

Den Fahnenvereinsmitgliedern geschieht aber auch ganz recht, denn sie wären doch schon alt genug gewesen, um den Wolf im Schafspelz zu erkennen. Hoffentlich tragen solche Vereinsversammlungen dazu bei, daß die Einsicht bald kommt, ehe es zu spät ist. Für die Münchner Bäckergehilfen wäre das nur zu begrüßen.

Polizei und Gerichte.

Nachspiel zum Bäckerstreik in Rüstingen. Die Bohottkommission unserer Kollegen in Rüstingen gab im Inferatenteil des „Norddeutschen Volksblattes“ die Firmen bekannt, die die berechtigten Forderungen der Gesellen nicht bewilligt hatten. Unter andern auch mehrere Geschäfte, die Waren der Firma Reith in Wilhelmshafen führten. Darauf hat nun diese Firma gegen den Bäcker-Gesellen Karl Pietruska, den Redakteur Josef Kluge, den Redakteur Oskar Hülich, den Zeitungsverleger Paul Hug und die Firma Paul Hug & Co., sämtlich in Rüstingen, einen Prozeß angestrengt. Gegen die Genannten wurde auch durch das Großherzogliche Landgericht eine einstweilige Verfügung erlassen, die anordnet, daß den Beklagten jede weitere, die Bohottierung bezweckende Handlung bei einer Geldstrafe bis zu M 1500 oder einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten wird.

Als Gründe sind angegeben: „Der Kläger hat vorgetragen, und durch eidesstattliche Erklärung und Vorlegung betreffender Druckschriften und Zeitungsausschnitte glaubhaft gemacht, daß die Beklagten ohne triftigen Grund über sein Geschäft den Bohott verhängt haben und diesen Bohott mit Mitteln durchzuführen suchen, die über das erlaubte Maß hinausgehen. — Danach rechtfertigt sich der Erlaß der einstweiligen Verfügung.“ (§§ 935, 940 der Zivilprozeßordnung.)

Ueber die Verhängung des Bohotts „ohne triftigen Grund“ und über seine Durchführung mit Mitteln, die über das Maß des Erlaubten hinausgehen, gestatten sich die Beklagten vorläufig noch anderer Meinung zu sein als das Gericht und die Firma Reith, und sie haben deshalb zunächst Einspruch gegen diese einstweilige Verfügung erhoben.

Strafantrag gegen den königlichen Hofmündbäcker Kneber in Dresden hat die Ueberwachungskommission des Zentralverbandes der Handlungsgesellen gestellt, weil er seine Verkäuferinnen 16 Stunden täglich in den Dienst spannt. Sie werden morgens 4½ Uhr geweckt, müssen eine Viertelstunde später im Laden stehen und Bröden einzählen und haben dann nur noch einmal bis abends 9¼ Uhr eine Pause von einer Stunde. Jeden zweiten Sonntag dürfen sie von 1½ Uhr nachmittags an ausgehen und haben sonst bloß aller 14 Tage einmal von abends 6 Uhr an frei. Trotz dieser enormen Ausbeutung erhalten sie nur monatlich M 25 Lohn und freie Station. Man kann darauf gespannt sein, ob die Dresdner „Bohlfahrtspolizei“ nach dieser Anzeige Nemebur schafft. Bisher hat sie sich um diese Zustände ebensomenig gekümmert wie um die Arbeitsverhältnisse der Bäcker- und Konditorgehilfen.

Sozialpolitisches.

Ortskrankenkassentongreß. Der Hauptvorstand deutscher Ortskrankenkassen hält vom 18. bis 21. August im Gürzenich zu Köln seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht der geschäftsführenden Kasse. 2. Vortrag über Gemeindefrankeiten und Reichsversicherungsordnung. Referent Dr. med. Wilh. Sanauda-Frankfurt a. M. 3. Einhebung der Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durch die Krankenkassen. Referent: Hermann Eichstädt-Weimar 4. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apotheken. Referent: Apotheker Staller-Charlottenburg. 5. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apotheken. Referent: Apotheker Staller-Charlottenburg. 6. Zentralisation der Krankenkassen. Referent: Brandes-Magdeburg. 7. Das Versicherungsrecht für Angestellte. Referent: Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal. 8. Praktische Verwaltungsfragen. 9. Das Dienstverhältnis und die Dienstordnung der Kassenangestellten. Referent: Gräf. 10. Bestimmung des Ortes zur Abhaltung der nächstjährigen ordentlichen Mitgliederversammlung.

Die Inkraftsetzung der Reichsversicherungsordnung. Der „Reichsanzeiger“ bringt nachstehende kaiserliche Verordnung über die Inkraftsetzung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, datiert vom 5. Juni:

Artikel 1. Die Vorschriften des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung über die Errichtung, Ausgestaltung, Vereinigung, Ausschließung, Auflösung und Schließung von Krankenkassen und das Verfahren dabei treten, soweit sie nicht schon in Kraft gesetzt worden sind, mit dem Tag der Verkündung dieser Verordnung, jedoch unter der Maßgabe in Kraft, daß die allgemeinen Ortskrankenkassen und die Landkrankenkassen sowie solche Änderungen in der Organisation bestehender anderer Kassen, welche nicht durch die Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes bedingt sind, erst mit dem 1. Januar 1914 ins Leben treten.

Artikel 2. Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Konsolidierungen der im § 414 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Art treten mit dem 1. September 1912 in Kraft.

Artikel 3. Die Vorschriften des Dritten Buches und die ihrer Durchführung erforderlichen anderen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung treten mit dem 1. Januar 1913 in Kraft.

Artikel 4. Alle übrigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung treten, soweit sie nicht bereits vorher in Kraft gesetzt worden sind oder noch werden, mit dem 1. Januar 1914 in Kraft.

Artikel 5. Alle bestehenden Gemeindefrankeitenversicherungen sind mit Ablauf des 31. Dezember 1913 zu schließen.

Artikel 6. Alle bestehenden Ortskrankenkassen für einzelne oder mehrere Gewerbezweige oder Betriebsarten oder allein für Mitglieder eines Geschlechts sowie alle bestehenden Betriebskrankenkassen und Innungsverbandskrankenkassen, welche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zugelassen werden wollen, haben den Antrag auf Zulassung bei ihrem Versicherungsamte spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezembers 1912 zu stellen.

Artikel 7. Die den eingeschriebenen Hilfskassen nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes aufgestellten Beiseinigungen werden, soweit diesen Hilfskassen bereits vorher als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit eine Beiseinigung nach § 514 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung erteilt worden ist, mit dem Ablauf des 30. Juni 1914 ungueltig.

Gleichzeitig wird im „Reichsanzeiger“ eine vom 10. Juli datierte, auf Grund des Artikels 100 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung erlassene Bekanntmachung, betreffend Uebergangsbestimmungen für die Unfallversicherung, veröffentlicht. Bis zum Inkrafttreten der Ortslööhne und der Grundlööhne tritt danach an die Stelle des Ortslohnes der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter, an die Stelle des Grundlohnes der Arbeitslohn, welcher der Berechnung des Krankengeldes jeweils zugrunde zu legen ist. Bis zur Errichtung der Krankenkassen nach § 220 der Reichsversicherungsordnung gelten als solche die Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungsverbandskrankenkassen sowie die Gemeindefrankeiten und landesrechtliche Einrichtungen ähnlicher Art. An die Stelle der allgemeinen Ortskrankenkasse und der Landkrankenkasse tritt in den §§ 914, 1045 der Reichsversicherungsordnung die Gemeindefrankeitenversicherung des Beschäftigungsortes. Ferner werden Vorschriften für die Verteilung des Sterbegeldes erlassen. Im übrigen sind bis zum Inkrafttreten der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung an ihrer Stelle die entsprechenden Vorschriften der geltenden Gesetze über die Krankenversicherung anzuwenden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Vorgänge im wirtschaftlichen Leben haben im Mai keine nennenswerten Veränderungen mit sich gebracht. Infolge des starken Andranges von Arbeitssuchenden beim Einsetzen der Frühjahrskampagne waren recht bald die Arbeitsplätze besetzt, so daß nun die Angebote rasch abflauten. Wir haben alljährlich bei Beginn des Frühjahres mit der Tatsache zu rechnen, daß Tausende von Arbeitern aus dem Auslande über die Grenzen strömen. Diese hehrnisierten, billigen Arbeitskräfte auf kulturell rückständigen Ländern finden beim deutschen Unternehmertum bereitwilligste Arbeits Gelegenheit. Nur durch diesen Vorgang findet man in den sich widersprechenden Berichten über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt eine Erklärung. Während nach den Berichten der Krankenkassen die Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder 33 002 betrug, berichteten 51 Fachverbände mit 2 114 899 Mitgliedern, daß die Prozentziffer der Arbeitslosen von 1,7 im April auf 1,9 im Mai stieg. Ebenfalls ist aus den Berichten der Arbeitssuchenden eine starke Zunahme der Arbeitsuchenden zu ersehen. Sie stieg von 150 im April auf 153 bei den männlichen offenen Stellen und von 82 auf 97 bei den weiblichen auf je 100 offene Stellen. Von der Zuckerwarenindustrie liegt aus der Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten die Mitteilung vor, daß die Produktion sehr nachgelassen habe. Infolge der rückläufigen Zuckerpriese ist keine Kauflust vorhanden. Die Rundschaft hofft noch billigeren Zuckerpriese und daher auch noch billigere Bonbonpriese zu bekommen. Ebenfalls wird wiederum über die Zahlungsverhältnisse geklagt.

Die Lage des Geldmarktes ist auch jetzt noch sehr unbefriedigend. England und Frankreich ermäßigten den Diskontsatz auf 3 pZt. Trotzdem hat Deutschland immer noch einen viel höheren Diskont. Die Reichsbank ging wohl auf 4½ pZt. herunter, dadurch sank der Privatdiskont auf 4 pZt. Die Spannung ist aber noch gegen die beiden vorgenannten Länder eine sehr hohe. Der Zustand hält manches kapitalistische Unternehmen von Reinvestierung ab, wie auch Staat und Kommune größere Geldanleihen bis zur Entspannung des Diskonts zurückstellen. Wenn auch dieser Vorgang zu bedauern ist, so hat er auf der andern Seite wiederum das Gute, daß zweifelhaftes Grundungen und Spekulationen eingeschränkt und das Anhalten des guten Geschäftsganges weiter hinausgeschoben wird.

Die Preise für Rohprodukte unterlagen großen Schwankungen, besonders bei Getreide. In Berlin kostete pro Tonne in Mark:

	Weizen	Roggen
Anfangs Mai	238	208
Mitte Mai	208	202
Anfangs Juni	231	195

Der Preis für Weizen ging sprunghaft in der ersten Monatshälfte um M 25 zurück und nach kurzer Zeit auf dieselbe Höhe wie ausgangs des Vormonats. Roggen hat eine beträchtliche Preislenkung aufzuweisen. Recht deutlich geht aus dieser Darstellung hervor, daß die Preisnotierungen ausschließlich das Werk geriebener Spekulationen sind. Das Verhalten der Regierung bietet ihnen die beste Gelegenheit, solche Raubzüge auf die Konsumenten ausüben zu können.

Die Zuckerpriese haben auch im Mai einen weiteren Rückgang aufzuweisen. Brotraffinade I kostete Anfangs ohne Faß M 25 bis M 25,50, gemahlene Melis I mit Ost

M 24,25 bis M 24,75. Ende des Monats wurde in Magdeburg notiert für Brotraffinade M 23,50 bis M 24, für gemahlene Melis M 22,75 bis M 23,25. Die Stimmung war stetig. Wie wir bereits erwähnten, rechnen die Fabrikanten bestimmt auf eine weitere Preiserhöhung, und nach den vorliegenden Berichten über den Stand der Zuckerrüben, die günstig lauteten, ist alle Aussicht vorhanden, daß eine gute Ernte eintreten wird. Eine erhebliche Verteuerung hat aber Kakaó erfahren. Seit dem Vormonat ist Akra von M 47 auf M 50, Bahia von M 50 auf M 54 und Arriba von M 53 auf M 56 gestiegen.

Die Preise für Lebens- und Genußmittel sind gegen den Vormonat nach der Galverischen Zusammenstellung zurückgegangen. Es ergab sich eine Indexziffer von M 25,52 gegen M 25,74 im April, was eine Senkung von 2,2% gleichkommt. Die teuersten Städte sind Breslau mit M 28,65 und Konstanz mit M 28,41. Die niedrigste Indexziffer mit M 22,02 weist Insterburg auf. Ob aber eine Ermäßigung dauernd eintreten wird, läßt sich aus dieser Zusammenstellung nicht behaupten. Die Preise für Brot und Fleisch sind im Berichtsmontat vermehrt von einer Steigerung betroffen worden. Allerdings wird in anderen Produkten ein Preisrückgang eingetreten, ob aber dadurch das Gesamthaushaltsbudget entlastet werden kann, das wird erst in der kommenden Zeit festzustellen möglich sein.

Die Hoffnung für die Arbeiterschaft, daß in der nächsten Zeit eine merkliche Besserung im Wirtschaftsleben eintreten wird, kann aus den geschilderten Vorgängen nicht allzu rosig sein. Solange die Arbeitslosigkeit und das dadurch hervorgerufene Massenelend infolge der unheimlichen Teuerung in solchem Umfang besteht, bedarf es noch eines gewaltigen Stückes von Kulturarbeit zur Beseitigung solcher Zustände.

Gewerkshaftliche Rundschau.

Der Internationale Bergarbeiterkongress 1912.

Amsterdam, 11. Juli 1912. Nach fünfjährigen Verhandlungen hat heute der 23. Internationale Bergarbeiterkongress seine Arbeiten beendet, und es ist eine Anerkennung von Gués Ausführungen, daß alle Gegenstände seiner Tagesordnung auch noch bis zum nächsten Jahr Zeit gehabt hätten, wenn der Kongress heute endlich den seit Jahren immer vergeblich geisterten deutsch-österreichischen Antrag angenommen hat, künftig — nach 1913 — nur alle zwei Jahre einen internationalen Kongress abzuhalten. Dadurch wird auch den Ländern mit schwächeren Verbänden erst die Beschickung jedes Kongresses möglich werden, was zweifellos eine Stärkung der Bergbauinternationalen bedeuten wird. Inwiefern kann dem Amsterdamer Kongress doch nicht abgesprochen werden, daß er fleißig gearbeitet und den künftigen Kämpfen der Bergarbeiter die Ziele erneut auferichtet hat.

Am Eingang der Kongresswoche stand die Frage der Stellungnahme gegen einen Weltkrieg zivilisierter Staaten. Die Grubenproletarier aller Länder sind heute sämtlich — soweit sie nicht unorganisiert oder christlich und chauvinistisch selborganisiert sind — tief von sozialistischen Ideen durchdrungen, und sie sind längst einig darin, daß sie nicht nur platonisch den Massenmord in legalen Formen verbürten. Aber selbstverständlich werden die Bergarbeiter nicht den berechnlichen Regierungen und Kohlsyndikaten auf die Nase binden, was sie im Kriegsfall zu tun gedenken, und so wird, wie Präsident Smillie, der Nachfolger des verstorbenen Edwards, ausführte, das internationale Komitee in gegebenem Augenblick zusammenzutreten und die erforderlichen Maßnahmen zu beschließen haben. Für jetzt begnügte man sich mit einer eindrucksvollen Versicherung der unbedingten Kriegsfeindschaft der Arbeiter.

An dem von gegen 100 Delegierten besuchten Kongress nahmen die Nordamerikaner wieder teil, und es war eigenartig, als am Schluß des Kongresses die Amerikaner mitteilten, daß das zeitweise Ausscheiden der Amerikaner aus der Internationalen eine eigenmächtige Tat ihres Generalsekretärs gewesen sei! Immerhin doch merkwürdig, daß die Organisation der Union in den vier Jahren niemals der Sache nachgegangen sind. Sie mußten doch wissen, daß alljährlich ein internationaler Kongress taget!

Aus den sachlichen Verhandlungen des Kongresses ist die Einstimmigkeit hervorzubehben, mit der unabhängige, vom Staat besoldete Arbeiterinspektoren gefordert wurden; die Katastrophen von Osterfeld und Cadeby waren eine traurige Unterbrechung des Arguments, daß diese Maßregel zur Sicherung des Lebens der Bergleute unerläßlich ist. Die deutschen Vertreter ließen es dabei nicht an einer kräftigen Kennzeichnung des Schiems der „Sicherheitsmänner“ fehlen. Ebenso einhellig war der Kongress in der Forderung des Mindestlohnes und in der Verurteilung des Mord-Gehingelohnes sowie der Abwälzung allen Mißfusses der Besteinsbildung auf die Arbeiter. Mit Nachdruck erhob das Weltparlament der Grubenproletarier wieder eine Forderung der Achtsundensicht unter Betonung, daß in 24 Stunden nicht mehr als eine Schicht verfahren werden dürfe. Die Forderung nach der Verstaatlichung der Gruben führte den Kongress von selbst zu dem einmütigen Bekenntnis, daß mit der starken Gewerkschaft eine selbständige parlamentarisch-politische Betätigung Hand in Hand gehen müsse. Von syndikalistisch-anarchistischen Regungen war keine Spur mehr zu bemerken, und die Frage des internationalen Streiks zur Unterstützung einzelstaatlicher Generallstreiks wurde auf Vorschlag Gués mit Recht in die vertraulichen Beratungen des Internationalen Komitees verwiesen. — Einstimmig war der Kongress noch in der Forderung besserer Wohnungen für die Knappen, nach Sicherung vor dem Hinauswurf aus den Wohnungen im Fall der „Widerspenstigkeit“, willenen des Widerstandes gegen allzugroße Ausbeutung. Eine Meinungsverschiedenheit gab es nur in der Versicherungsfrage. Hier forderten die Deutschen und Holländer, daß auch die Arbeiter Beiträge zahlen sollten, um eben auch auf die Verwaltung Einfluß zu haben. Dafür hatten die anderen Nationen, die einmilder gar keine Versicherung, noch über aber nicht die deutsche Rentenquetscherei haben, kein Verständnis.

Der nächste Kongress soll 1913 in Wien sein, doch ist das noch nicht beschlossen worden, weil die Österreicher diesmal nicht teilnahmen.

Allgemeine Rundschau.

Eine Explosion in den Hildebrandtschen Mühlenwerken in Magdeburg-Buckau, die sich in der Nacht zum 11. Juni ereignete, hat neun Mühlenarbeitern den Tod gebracht; außerdem ist eine größere Anzahl schwerverletzt zu beklagen. Unter den Toten befinden sich drei und unter den Schwerverletzten zwei Mitglieder des Verbandes der Brauer und Mühlenarbeiter. Das Unglück ist jedenfalls auf eine Mehlstauberplosion zurückzuführen. In dem Betriebe waren die Arbeiter vor einigen Monaten bekanntlich gezwungen, in einen Streik einzutreten, weil die Betriebsleitung ihre bescheidenen Forderungen hartnäckig zurückwies, und es wurden damals die Hinzubrüder in großer Anzahl zusammengezogen, um den Lohnkampf mit Gewalt niederzuschlagen. Die Direktion hat sich seit dieser Zeit immer mehr auf die Gelben gestützt, hat Wertvereine ufm. gegründet, aber offenbar nicht daran gedacht, die inneren Einrichtungen des Betriebes so zu gestalten, daß Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft vor Gefahren genügend geschützt wird.

Zuckerrübenanbau und Zuckersfabriken in Europa.

Nach einer im Mai veranstalteten Umfrage der Internationalen Vereinigung für Zuckerstatistik stellt sich der Zuckerrübenanbau im Betriebsjahre 1912/13 auf 2,29 Millionen Hektar gegen 2,21 Millionen Hektar im Jahre 1911/12. Die Zahl der Fabriken ist gleichzeitig von 1240 auf 1256 gestiegen. Der Zahl der Fabriken nach steht Deutschland an erster Stelle (mit 343 Fabriken), dann folgen Rußland (286), Frankreich (218), Oesterreich-Ungarn (201), Belgien (74), Italien (37), Spanien (32), Holland (27), Schweden (21), Dänemark (9), Rumänien (5), Serbien (2), Bulgarien (1). Die Schweiz besaß im vergangenen Jahr noch eine Fabrik, jetzt aber keine mehr. Der Anbaufläche nach ist die Reihenfolge der europäischen Staaten in der Zuckerproduktion eine etwas andere; an der Spitze steht Rußland (776 400 ha), Deutschland (588 363 ha), Oesterreich-Ungarn (440 600 ha), Frankreich (225 140 ha), Holland (66 870 ha), Belgien (65 200 ha), Italien (55 000 ha), Spanien (37 000 ha), Dänemark (30 000 ha), Schweden (27 700 ha), Rumänien (14 000 ha), Serbien (9990 ha), Bulgarien (3250 ha).

Nach Zusammenstellungen des kaiserlich Statistischen Amtes ist die Anbaufläche für Rüben noch etwas größer. Statt 341 Fabriken, die 1911 in Betrieb waren, werden in diesem Jahr wahrscheinlich 344 arbeiten. 260 davon entfallen allein auf Preußen. Die Rübenanbaufläche umfaßt 546 359 ha, das sind 43 069 aa mehr als im Vorjahr. In Preußen liegen davon 439 823 ha. Ebensovienig wie in Europa Zahl der Fabriken und Größe der Rübenfelder sich entsprechen, so gehen auch in Deutschland beide Größen keineswegs mehr parallel. Die östlichen Teile zählen bei relativ großem Rübenanbau nur wenig Fabriken. Die größten Rübenfelder besitzt die Provinz Sachsen (123 300 ha), Schlesien (79 850 ha), Posen (68 900 ha), Hannover und Schleswig-Holstein (46 000 ha), Ost- und Westpreußen (38 600 ha), Pommern (31 380 ha). Der Zahl der Fabriken nach stehen Provinz Sachsen (98) und Schlesien (47) ebenfalls an den ersten Stellen; dann folgen Hannover und Schleswig-Holstein (39), Braunschweig (29), Anhalt (21), Posen (20), Ost- und Westpreußen (18), Pommern und Mecklenburg (je 11), Brandenburg und Rheinland (je 10).

Zuckerproduktion und Zuckerverbrauch.

Noch trennen uns etwa zwei bis drei Monate von der neuen Zuckerernte. Den Einfluß der Mißernte im vergangenen Jahre auf Zuckerproduktion und Zuckerverbrauch wird man daher in seinem ganzen Umfang frühestens erst in jener Zeit erkennen können. Aber zurzeit läßt sich bereits der Stand der Rübenanbaufläche ganz und der Ausfall der Rübenerte mit einiger Wahrscheinlichkeit festlegen. Die Zuckerspekulation rechnet bereits mit einer günstigen Zuckerernte, und das tritt in der Preisbewegung für Zucker zutage. Von Mitte bis Ende Juni sind zum Beispiel die Preise für den Zentner Rohzucker an der Magdeburger Börse von M. 12,10 auf M. 10,90, also um M. 1,20 gefallen. Diese Preisrückgänge geschahen mit Rücksicht auf den günstigen Stand der Rübenfelder in ganz Europa. In Erwartung der neuen, wahrscheinlich ertragreichen Rübenerte und Zuckergerinnung wird deshalb bereits jetzt von seiten der Großhändler der Kauf eingeschränkt. Eine wesentliche Aenderung der bisherigen Ziffern des Konsums wird bis zum September nicht mehr eintreten.

Im allgemeinen hat der Weltverbrauch von Zucker im Vergleich mit den Vorjahren keinen so erheblichen Rückgang gezeigt, als man anfangs infolge der Mißernte erwartet hatte. Vom 1. September 1911 bis 31. Mai 1912 wurden in den Staaten Nordamerika, England, Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Belgien und Holland insgesamt 97,28 Millionen Zentner in den Konsum übergeführt. In den gleichen neun Monaten des Jahres 1910/11 wurden in den genannten Ländern insgesamt nur 4,75 Millionen Zentner mehr verbraucht. Wie wenig das besagen will, geht daraus hervor, daß in den neun Monaten des Jahres 1909/10 noch 0,75 Millionen Zentner weniger, 1907/08 sogar 6,42 Millionen Zentner weniger verbraucht wurden als in dem laufenden Jahr! Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß Nordamerika, das ein Drittel des Gesamtverbrauchs stellt und seinen Konsum in diesem Jahr noch gesteigert hat, wesentlich Rohzucker verzehrt. Deutschland und Oesterreich-Ungarn, zwei wichtige Produktionsländer von Zucker, zeigen eine Abnahme des Zuckerkonsums gegen die Jahre 1908 bis 1910. In den reinen Konsumländern ist der Rückgang des Verbrauches nicht so deutlich. Betrachtet man nur europäische Verhältnisse, so wird der Einfluß der Mißernte deutlicher. Während September bis Mai 1910/11 insgesamt 106,05 Millionen Zentner Zucker produziert wurden, betrug in diesem Jahre die Ausbeute nur 72,62 Millionen oder 33,44 Millionen Zentner weniger. Nur im Jahre 1904/05 ist die Zuckerzeugung Europas geringer gewesen; sonst zeigt sie seit mehr als einem Jahrzehnt größere Erträge als im laufenden Jahre. Der Verbrauch von Zucker in Europa zeigt natürlich diese Schwankungen nicht. In den in Betracht gezogenen neun Monaten wurden 1910/11 insgesamt 72,85 Millionen Zentner, 1911/12 nur 68,10 Millionen Zentner oder 4,75 Millionen Zentner weniger in den Konsum übergeführt. Von 72,62 Millionen Zentnern Produktion sind in neun

Monaten demnach bereits 68,10 Millionen Zentner aufgebraucht worden. Da für die letzten drei Monate noch mehrere Millionen Zentner erforderlich sind, wird in diesem Jahre der Verbrauch die Produktion übersteigen. Bestände aus dem vergangenen Jahre werden diesen Bedarf leicht decken. Auch die Ausfuhr aus den Zuckerproduktionsländern hat erheblich abgenommen. Sie betrug in den herangezogenen neun Monaten nur 25,24 Millionen Zentner gegen 43,05 Millionen Zentner im Vorjahre. Sie ist sogar geringer als in dem Jahre 1904/05, das eine kleinere Zuckerproduktion aufwies als das laufende Jahr.

Deutschland, eines der Hauptproduktionsländer, hat natürlich stark zu dem europäischen Ribbe beigetragen. Obgleich sein Rübenanbau gegen das Jahr 1910 um 33 500 Hektar stieg, nahm die Zuckerzeugung um 21,66 Millionen Zentner ab; sie sank von 51,26 Millionen Zentner auf 29,60 Millionen Zentner. Selbst das Mißerntejahr 1904/05, das dazu noch einen um 92 300 Hektar geringeren Rübenanbau hatte, zeitigte 1,64 Millionen Zentner mehr als das laufende Jahr. Der Verbrauch von Zucker im Deutschen Reich hat nach den amtlichen Nachweisungen nicht so stark abgenommen. Er ist gegen das Vorjahr (immer bei Berücksichtigung der neun Monate) nur um 1,74 Millionen Zentner zurückgegangen, während die Erzeugung um 21,66 Millionen Zentner sank. Gegen die Jahre 1908 bis 1910 ist die Abnahme des Verbrauchs noch geringer; gegen die von 1907 und weiter zurückliegenden Jahre hat das laufende sogar noch Mehrverbrauch. Da die Erzeugung stark, der Verbrauch schwach abgenommen hat, muß eben die Ausfuhr eingeschränkt worden sein. Tatsächlich ist denn auch die Zuckerausfuhr gegen das Vorjahr von 9,06 Millionen Zentner auf 4,02 Millionen gesunken, also um mehr als die Hälfte. Raffinierter Zucker ist an dieser Minderausfuhr weniger beteiligt. Dagegen fiel die Ausfuhr von Rohzucker von 4,72 Millionen Zentnern auf 0,39 Millionen. Auch die Abgabe zuckerhaltiger Waren an das Ausland erfuhr eine Minderung; ihr Gesamtgewicht sank von 53 500 Zentnern auf 41 400 Zentner, die Menge des darin enthaltenen Zuckers von 20 900 auf 14 300 Zentner.

Der Einfluß der Mißernte auf die geschäftlichen Ergebnisse der Zuckerfabriken läßt sich noch nicht klar feststellen. Erichwert wird ein Ueberblick dadurch, daß die Rübenerte in verschiedenen Landesteilen Deutschlands ganz verschieden ausgefallen ist. Der Osten, insbesondere Ost- und Westpreußen, hatte eine sehr gute Rübenerte. Ertrag und Dividende der Fabriken sind dort nicht nur nicht geringer ausgefallen, sondern haben sich sogar noch erhöht. Aber auch die finanziellen Resultate der Zuckerfabriken in Mittel- und Westdeutschland zeigen kein einheitliches Bild. Bei den Zuckerfabriken spielt die Spekulation eine große Rolle. Käufe und Verkäufe werden sehr früh, meist ehe noch der wahrscheinliche Ernteausschlag zu übersehen ist, abgeschlossen. Bei vielen Fabriken wurde der Rübenausfall durch die hohen Zuckerpreise mehr als ausgeglichen. Einzelne konnten ihre Dividende um das Doppelte erhöhen.

Für die Arbeiterinnen.

assé. Die Ergebnisse des Frauenstimmrechts in Finnland. Das erste europäische Land, das den Frauen das Stimmrecht zum Parlament einräumte, war das kleine Finnland, jenes Land, das auch in mancher andern Beziehung zum Pionier des sozialen Fortschritts in Europa geworden ist. Die finnischen Frauen erhielten das allgemeine gleiche Stimmrecht zugleich mit den Männern, und es gehört mit zu den Denkwürdigkeiten in Finnlands Geschichte, daß dieser Uebergang von der Ständevertretung zum Einkammersystem ohne Revolution, ohne Kampf mit der herrschenden Klasse vor sich ging, daß diese herrschende Klasse unter dem Druck der gemeinsamen Gefahr, die dem Vaterland von seiten des russischen Erobererlandes drohte, vielmehr freiwillig auf ihre Privilegien verzichtete.

Das war im Jahre 1907. Seitdem haben, da der Landtag jedes Jahr aufgelöst wurde, fünf Wahlen stattgefunden, bei denen also die Frauen das aktive und passive Wahlrecht besaßen. Ueber die Erfahrungen, die mit diesem Wahlrecht und mit der Tätigkeit der Frauen im Parlament gemacht sind, berichtet in der letzten Nummer der „Dokumente des Fortschritts“ in sehr interessanter Weise die finnische Gewerkschaftsinstitutin und selbst Mitglied des Landtages Vera Sjelt. Die Frauen haben bis jetzt bei den Wahlen nicht gegen die Männer gekämpft, sondern sie haben mit den Männern ihrer Parteien gemeinsam Kandidatenlisten aufgestellt, auf denen sich nur eine geringe Anzahl weiblicher Namen befand. Bei der ersten Wahl im Jahre 1907 wurden 181 männliche und 19 weibliche Abgeordnete gewählt. Die Ziffern über die Wahlbeteiligung in diesem Jahre fehlen leider. Bei der nächsten Wahl im Jahre darauf stimmten von sämtlichen stimmberechtigten Männern 70,5 und von den Frauen 60,5 pZt. Gewählt wurden 175 männliche und 25 weibliche Vertreter. 1909 war das Abstimmungsverhältnis 64,9 pZt. der männlichen und 55,8 pZt. der weiblichen Stimmberechtigten; es gingen 179 männliche und 21 weibliche Kandidaten aus der Urne als gewählt hervor. 1910 stimmten 64,9 pZt. der Männer und 55,8 pZt. der Frauen und verhalfen 183 männlichen und 17 weiblichen Abgeordneten zum Siege. Im letzten Jahre endlich war die Wahlbeteiligung 65,3 und 54,8 pZt., das Ergebnis 186 männliche und 14 weibliche Abgeordnete.

In Bezug auf die Wahlbeteiligung stehen also die Frauen kaum hinter den Männern zurück, und zieht man ihre schwerere Abkömmlichkeit vom Hause, besonders auf dem Lande, in Betracht, so verhalten sich beide Geschlechter ungefähr gleich. Dagegen ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten seit der Wahl von 1908 ständig zurückgegangen. Vera Sjelt führt dies in erster Linie darauf zurück, daß bei den verwickelten politischen Situationen der letzten Wahlen vor allem erfahrene Politiker ins Parlament geschickt werden mußten. Das Zusammenarbeiten von Frauen und Männern im Landtage war immer das denkbar Beste. Vera Sjelt schreibt über diesen Punkt: „Die Zuerst auf das Rechtsgefühl der Männer wuchs unter der gemeinsamen ersten Arbeit. Und wir konnten uns an sie wenden wie an Kameraden und Freunde, wenn es galt, Kunde von der verwickelten Maschinerie des Staatslebens zu erhalten. Der Ton des Wohlwollens der Aufrichtigkeit, Feinheit und Ermunterung, der uns von seiten der Männer

im Landtage begegnete, bekräftigt meine Auffassung, daß ein gutes Zusammenarbeiten möglich ist. Und gerade auf diesem Wege wird die Arbeit und der Einfluß der Frau zur Bedeutung für die Gesetzgebung."

Die meisten weiblichen Abgeordneten — 9 unter 17 im letzten Landtag — gehören der sozialdemokratischen Fraktion an, die ja überhaupt die stärkste des ganzen Parlaments ist. Sie umfaßt von den 200 Abgeordneten 88. Die schwedische Volkspartei zählt 3, die Finnische und die jungfinnische Partei je einen weiblichen Abgeordneten, während die Agrarpartei und die nur einen Kopf starke christliche Arbeiterpartei zurzeit noch ohne weiblichen Einsitz sind.

Die Frauen haben sich an der Gesamtarbeit des Landtages ebenso eifrig beteiligt wie die Männer. Das beweisen die verschiedenen Statistiken über die Zahl der eingebrachten Anträge, der Wortmeldungen usw. Naturgemäß beziehen sich die Anträge und Petitionen der Frauen in erster Linie auf weibliche und sodann auf allgemeine soziale Angelegenheiten. So wurden durch sie folgende Fragen berührt: Erhöhung des Ehealters der Frau, die Eigentumsverhältnisse zwischen den Ehegatten, Aufhebung der Vormundschaft des Mannes über die Frau, Mutterschaftsversicherung, Recht der Frau, alle Staatsämter zu bekleiden, die Verbesserung der Stellung unehelicher Kinder, Errichtung von Heimen für schuldlose Mütter und Kinder, Verschärfung der Strafbestimmungen betr. Schandung, Ernennung von weiblichen Gesundheitsinspektoren, kommunale Arbeitsvermittlung, das Alkoholverbot und vieles andere mehr. Jedenfalls haben die Frauen im finnischen Landtag gezeigt, daß sie den ernsten Willen und die Fähigkeit haben, an der sozialen Gesetzgebungsarbeit mitzuwirken.

sonen und Ereignisse als Nebenfiguren und Begleitumstände gruppieren.

Das soeben erschienene erste Vierteljahressheft umfaßt die ersten drei Monate des Jahres 1913. Man wird beim Durchblättern dieses Heftes merken, welche gewaltigen Zeitereignisse sich in dieser kurzen Zeitspanne zusammenhängen. Der Wahltag der deutschen Sozialdemokratie, ihre Kämpfe im Reichstage und in den Einzelparlamenten, besonders in Preußen, auf gewerkschaftlichem Gebiete der Bergarbeiterkampf, die schweren sozialen Erschütterungen Englands, das Ringen um die Wahlreform in Ungarn, die Proporzfrage in Frankreich, die entscheidenden Stadien der chinesischen Revolution, der türkisch-italienische Krieg und die Auseinandersetzungen unter den italienischen Sozialisten, die er zur Folge gehabt, diese und viele andere wichtigen Ereignisse ziehen an uns vorüber. Ueber den Stand der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Bewegung orientieren uns die im Auszug wiedergegebenen Nachrichtenberichte der größeren Organisationen. Ein ungeheures Panorama, das uns zeigt, wieviel in der Welt geschieht und wieviel für die Arbeiterklasse im Interesse ihrer Befreiung noch zu tun ist!

Das „Internationale Jahrbuch“ ist ein Buch, das von der Zeit selbst geschrieben wird und das seinen Wert erhält durch die Summe zeitgeschichtlicher Ereignisse, die sich in ihm widerspiegelt. So wird es von Heft zu Heft und von Jahrgang zu Jahrgang für seine Bezuhler wertvoller werden und sich bald zu einem Schatz gestalten, den keiner, der an der Arbeiterbewegung tätiges Interesse nimmt, nicht missen wollen. Das „Internationale Jahrbuch“ erscheint in Vierteljahressheften und kostet M. 10 pro Jahr. Der gebundene Jahresband kostet M. 12.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. M.
gegenüber dem Verbandslokal.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen
beden ihren Bedarf am besten bei
Gg. Frem, Schneidermeister, Walterstr. 10

Industrielle Rundschau.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstraße 2. Abstrichten billigst. Wenn ein Leser irgendwelche Auskünfte in Schutzangelegenheiten braucht, so wird er gebeten, das Patentbureau in Anspruch zu nehmen; es ist für ihn kostenlos.

Erteilte Patente: Kl. 53 g. 249 388. Verfahren zum Denaturieren und Kennzeichnen von Mischprodukten. Wily Meyer, Sameln a. d. Weiser. Angemeldet 24. 11. 10. Kl. 42. 249 783. Särfemesser für Teig und dergleichen. Hans Gerfen, Bremen. Ang. 23. 2. 12.

Gebrauchsmuster: Kl. 2b. 513 251. Misch- und Feinmaschine für Rechts- und Linksgang. Max Sperber, Berlin. Ang. 13. 1. 12. — Kl. 2b. 513 627. Gemmelkamm. Gust. Schwarz, Treben-Rödnitz. Ang. 7. 6. 12. — Kl. 81c. 513 022. Ovaler Weinkühler als Bombenpadung. Dr. Johannes Heife, Dresden. Ang. 31. 5. 12. — Kl. 81c. 513 544. Brotschußstreifen. F. Salomon, Charlottenburg. Ang. 4. 6. 12. — Kl. 2a. 515 291. Um die Ofenachse drehbarer Handhebel zum Bedienen der Backformen und zum Drehen des Ofengetriebes. Sengler & Cronmeyer, Crefeld. Ang. 21. 6. 12. — Kl. 2a. 515 297. Transportabler Backofen, dessen Außenwände durch irbene Platten ersetzt sind. Anton Weber, Ettlingen, Baden. Ang. 21. 6. 12. — Kl. 2a. 515 298. — Kl. 2a. 215 298. Transportabler Backofen mit Hohlräumen in den Fassungsflächen. Derselbe. Ang. 21. 6. 12. — Kl. 81c. 515 163. Schrankartiger Transportofen für Backwaren, mit an den Seiten eingeflochtenen Leitern. Herm. Schütte, Altona. Ang. 18. 6. 12.

Angemeldet östereichisches Patent: Kl. 2a. A. 9198—11. Vorrichtung zur Entnahme der Backware aus dem Backofen mit einem in den Ofen einführbaren Wagen. Wiener Brot- und Gebäckfabrik (Unterbrodtfabrik) Heinr. und Fris Mendl, Wien. Ang. 7. 11. 11.

Angemeldet ungarisches Patent: 1923. C. 2086. Verfahren zur Herstellung von Backpulver. Chem. Werke vorm. Dr. Heinr. Wyl, Berlin-Charlottenburg. Ang. 29. 11. 11.

Literarisches.

Die vereinfachte Einziehung von Schuldforderungen durch Mahnung, Klage und Pfändung nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen. Von Dr. jur. Charrier, Leipzig. Delius-Verlag Franz A. Wolfson. Broschürt M. 3,30, gebunden M. 4,50.

Ein sozialdemokratischer Geschichtskalender. Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ist das erste Heft des „Internationalen Jahrbuches für Politik und Arbeiterbewegung“ erschienen. Diese neue im Einverständnis mit den Gewerkschaften von der Partei herausgegebene Vierteljahresschrift bezweckt, eine chronistische Darstellung der wichtigsten Zeitereignisse zu geben und die im Umlauf befindlichen bürgerlichen Geschichtskalender zu ergänzen oder zu ersetzen. Jeder in der Arbeiterbewegung tätige Genosse ist oft genötigt, den Verlauf wichtiger in der Vergangenheit zurückliegender Vorgänge mit möglichstst Genauigkeit festzustellen. Solche Feststellung ist heute oft nur durch umständliche Nachforschung in verschiedenen älteren Jahrgängen der Partei- und Gewerkschaftspresse möglich, da die bisher bestehenden Geschichtskalender in Fragen, die die Arbeiterbewegung angehen, nur zu oft versagen. Das „Internationale Jahrbuch“ ist dazu bestimmt, die Orientierung zu erleichtern, indem es an die Stelle umständlicher Nachforschungen ein einfaches Nachschlagewerk stellt. Die geschichtlich bedeutsamen Vorgänge in allen Ländern der Welt werden hier registriert und gebucht. Es liegt in der Natur eines derartigen Unternehmens, daß es auf alles agitatorische Weiser verzichten muß und nur durch Wucht und Masse des Materials wirken kann, das hier in reichem Maße mit dokumentarischer Genauigkeit beigebracht wird. Vollig objektiv in der Darstellung, verrät es den politischen Standpunkt seiner Herausgeber nur in der Auswahl und Sichtung des andrängenden Stoffes, die so erfolgt ist, daß alle die Arbeiterbewegung direkt oder indirekt berührenden Vorgänge, ihrer sachlichen Wichtigkeit entsprechend, in den Vordergrund treten. In allen zivilisierten Ländern der Welt erscheint heute die Arbeiterklasse als einer der allerwichtigsten Faktoren der Politik, gewissermaßen als Selbst der geschichtlichen Handlung, um den sich alle andern Per-

—* Anzeigen. —*

Nachruf.

In der Proletarierkrankheit verstarb hier das Mitglied
Engelbert Penker
im Alter von 28 Jahren. [M. 3,00]
Chre seinem Andenken!
Zahlstelle München.

Witwe will per 1. Juni 1913 ihr
Bäckerei-Grundstück
verkaufen und bietet sich strebsamem Fachmann mit circa M. 10 000 glänzende Existenz. Näheres durch
[M. 4] **Adolf Flene, Hannover 24.**

Unsere werten Kollegen **Paul Alm** nebst seiner lieben Braut **Maria Tansky** zu der am 28. Juli stattfindenden Verlobung
die herzlichsten Glückwünsche!
[M. 3] Zahlstelle Schwerin i. M.

Unsere werten Kollegen **Karl Krauss** und seiner lieben Braut Fräulein **Alles**
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!
[M. 2,10] Zahlstelle Saarbrücken.

Unsere Kollegen **Paul Regber** und seiner lieben Braut
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!
[M. 3] Zahlstelle Breslau.

Künstliche Zähne, Plomben
Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung
Emil Bade, Zahnkünstler, Berlin N, Schönhauser Allee 43
Bei der Orts- u. Innungskrankenkasse angestellt.

Zürich (Schweiz) :::: Bäcker.
Verkehrslolal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus am hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckereiarbeitern bestens.
Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. **A. Kohler.**

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlin, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle.
Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar.
Unterichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.
Nach dem Unterricht: **Gesellschaftsstunde.**
Für gewissenhafte Ausbildung letzte Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten.
Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bornauerstr. 17.

SENKING WERK HILDESHEIM
Hoflieferant S. M. d. Kaisers :: Kgl. Bayr. Hoflieferant

empfiehlt sich zur Lieferung von

DAMPFBACKOEFEN

==== aller Art ====

als Auszug-, Einschieß- und Kombinationsöfen sowie Spezialöfen für Kleinbäcker und Konditoren zur Beheizung mittels fester Brennstoffe oder Gas

ferner zur Einrichtung kompletter **Brotfabriken u. Bäckereien**
auf Grund langjähriger Erfahrung
Bei Bäckereien eingeführte rührige
:: Platz-Vertreter gesucht ::

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.
(Wo nichts Besondere bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Freitag, 26. Juli:
Maien: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Storch“.
Bahrenth: Im Restaurant Breu, Kirchgasse. — Halle a. d. S. (Generalversammlung): 3 Uhr im „Volkspart“, Burgstraße. — Hennigsdorf: 4 Uhr bei Lehmann. — Landsberg a. d. W.: 2 Uhr bei Daber, Mollkeplatz. — Lüneburg: 3 Uhr bei Th. Balf, Sülthor. — Stadthagen: 4 Uhr bei Wedderhahn, Echtenstraße.

Montag, 29. Juli:
Jlimenau (Öffentlich): Nachmittags im „Zentralhotel“.

Mittwoch, 31. Juli:
Hamburg-Altona (Seefahrende): 8½ Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberjackstr. 15.

Donnerstag, 1. August:
Berchtesgaden. — Bremerhaven. — Freiburg i. Br. (Sektion I): 3 Uhr im Restaurant Böstner, Löwenstraße. — Karlsruhe: 3 Uhr im Restaurant „Zur Karlsburg“, Madonnenstraße 30. — Offenbach: 2 Uhr im „Storch“, Schloßstraße.

Freitag, 3. August:
Cassel (Fabrikbranche): 8 Uhr bei Dillser, Leipzigerstraße. — Freiburg i. Br. (Sektion II): In der „Leistungstube“, Hummelstraße. — Karlsruhe (Fabrikbranche): 8½ Uhr, Kaiserstr. 13. — London: 8 Uhr, Public House „King and Queen“, Foley Street, Ecke Cleveland Street, London W.

Sonntag, 4. August:
Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Brandenburg: Vorm. 11 Uhr, „Deutsches Haus“, Steinstraße 32. — Coburg: 3 Uhr im Restaurant „Neue Welt“. — Cottbus: 3 Uhr bei Lies, Schloßkirchstr. 12. — Crefeld: Vorm. 11 Uhr bei Fahn, „Zum alten Museum“, Karlsplatz. — Dortmund: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. — Duisburg: Vorm. 10½ Uhr im „Wienershaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — Flensburg: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstraße. — Frankfurt a. d. O.: Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — Geesthacht: 3½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — Gürtlich Quartalsversammlung: 4 Uhr, „Zum goldenen Kreuz“, Langenstraße 37. — Helmstedt: Bei Lehmann, Holzberg 7. — Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Golsenstraße 23. — Hof: Vorm. 10 Uhr, „Zur goldenen Gans“. — Limbach i. E.: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlsruferstr. 14. — Lütkenwalde: Im Gewerkschaftshaus, Beelitzer Straße. — Marktredwitz: 2 Uhr bei Göb, Schreinerberg. — Meuselwitz: 3 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. — Potsdam: 2 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 88. — Rostock: 2½ Uhr, Bequinenberg 10. — Schmolln i. E.: 2 Uhr in der „Germania“, Grimmitzauer Straße. — Suhl: 3 Uhr in Dombergs „Anstalt“. — Tangermünde: 3 Uhr im „Rathshaus“, Lange Straße 47. — Thorn: 2 Uhr. — Ulm: 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — Wegeack: 4 Uhr bei Brümmer, Gerharb-Hofstr. 55. — Wehlar: 3 Uhr bei Jordan, Bahnstr. 21.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bismarckstr. 57. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.